

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. Druck: Druckerei der Volksstimme, Magdeburg. Preis: 10 Pfennig. Abonnement: 3 Mark pro Quartal. Ausland: 4 Mark pro Quartal. Postamt: 24 111. 2. Postfach. Seite 110. - Verkaufspreis: vom 1. bis 15. März 1.00 Mark, ab 16. März 0.90 Mark.

Anzeigen: Die 10. Ausgabe, 7. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 20. Ausgabe, 20. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 21. Ausgabe, 21. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 22. Ausgabe, 22. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 23. Ausgabe, 23. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 24. Ausgabe, 24. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 25. Ausgabe, 25. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 26. Ausgabe, 26. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 27. Ausgabe, 27. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 28. Ausgabe, 28. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 29. Ausgabe, 29. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 30. Ausgabe, 30. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 31. Ausgabe, 31. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 32. Ausgabe, 32. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 33. Ausgabe, 33. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 34. Ausgabe, 34. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 35. Ausgabe, 35. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 36. Ausgabe, 36. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 37. Ausgabe, 37. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 38. Ausgabe, 38. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 39. Ausgabe, 39. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 40. Ausgabe, 40. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 41. Ausgabe, 41. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 42. Ausgabe, 42. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 43. Ausgabe, 43. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 44. Ausgabe, 44. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 45. Ausgabe, 45. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 46. Ausgabe, 46. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 47. Ausgabe, 47. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 48. Ausgabe, 48. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 49. Ausgabe, 49. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 50. Ausgabe, 50. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 51. Ausgabe, 51. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 52. Ausgabe, 52. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 53. Ausgabe, 53. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 54. Ausgabe, 54. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 55. Ausgabe, 55. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 56. Ausgabe, 56. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 57. Ausgabe, 57. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 58. Ausgabe, 58. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 59. Ausgabe, 59. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 60. Ausgabe, 60. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 61. Ausgabe, 61. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 62. Ausgabe, 62. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 63. Ausgabe, 63. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 64. Ausgabe, 64. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 65. Ausgabe, 65. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 66. Ausgabe, 66. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 67. Ausgabe, 67. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 68. Ausgabe, 68. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 69. Ausgabe, 69. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 70. Ausgabe, 70. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 71. Ausgabe, 71. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 72. Ausgabe, 72. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 73. Ausgabe, 73. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 74. Ausgabe, 74. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 75. Ausgabe, 75. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 76. Ausgabe, 76. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 77. Ausgabe, 77. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 78. Ausgabe, 78. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 79. Ausgabe, 79. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 80. Ausgabe, 80. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 81. Ausgabe, 81. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 82. Ausgabe, 82. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 83. Ausgabe, 83. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 84. Ausgabe, 84. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 85. Ausgabe, 85. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 86. Ausgabe, 86. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 87. Ausgabe, 87. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 88. Ausgabe, 88. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 89. Ausgabe, 89. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 90. Ausgabe, 90. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 91. Ausgabe, 91. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 92. Ausgabe, 92. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 93. Ausgabe, 93. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 94. Ausgabe, 94. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 95. Ausgabe, 95. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 96. Ausgabe, 96. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 97. Ausgabe, 97. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 98. Ausgabe, 98. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 99. Ausgabe, 99. Nummer der Zeitungs-Abteilung. 100. Ausgabe, 100. Nummer der Zeitungs-Abteilung.

Nr. 62.

Magdeburg, Sonnabend den 14. März 1925.

36. Jahrgang

Sperlinge unter dem Geßlerhut.

Krach im Loebell-Ausschuß.

Die mit viel Geschrei angekündigte Extra-Gala-Vorstellung im Bürgerblock-Zirkus ist aufgefliegen, endigte mit einem Mordstrich. Loebell, der gute Freund des Butschistenführers Kapp, hatte versprochen, das Zauber-kunststück zu zeigen, wie sämtliche bürgerlichen Parteien, die Deutschnationalen und die Demokraten, die Völkischen und die Kampferverbände, Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, der Landbund und weiß der Teufel, wer alles noch, unter einen Hut zu bringen seien. Der Geßler-Hut wurde auf die Stange gesteckt und nach den Versicherungen des großen Zauberers brauchten alle Teilnehmer der Vorstellung nach der Weidwörungsformel dem Gute nur ihre Reverenz zu erweisen und der Einheitskandidat gegen die Sozialdemokraten kann sich den Hut von der Stange langen.

Was war in Ordnung — nur der Glaube an den großen Zauberer fehlte! Nur zögernd wurden die Hütlein gelüftet, und als gar die Männer vom Zentrum eine Stunde Bedenkzeit forderten, da ging der Zauberer hin, riß den Geßlerhut von der Stange, und brrrr... fliegen fast ein halbes Duzend Spazierhüte, frachten und freischien, jeder setzte sich auf sein Parteistänglein und — schimpft...

Aus ist die Vorstellung im Bürgerblock-Zirkus. War das ein Theater! Eine Verhandlung jagte die andere, ein Betrugsversuch folgte jedem mißglückten Betrugsmanöver, sobald die bürgerlichen Parteien am Donnerstag den Versuch machten, eine gemeinsame Wahlkandidatur für die Reichspräsidentenwahl vorzubereiten, wurden sie wieder auseinandergezogen, das der Verleumdung, der Invidiation und der Intrige.

Am Donnerstag vormittag trat zunächst der Loebell-Ausschuß und mit ihm zu gleicher Stunde der Parteiaus-schuß des Zentrums zu einer getrennten Sitzung zusammen. Schon in den ersten zehn Minuten gab es im Loebell-Ausschuß Krach, der Ausschluß floß zeitweise auf, so daß sich vorerst kein Vorstand mit den Invidiositäten be-fassen mußte. Wenige Stunden später war alles wieder in bester Ordnung, der Kuhhandel begann von neuem. Wieder ergebnislos! Erst sollten die Parteiaus-schüsse nochmals tagen. Die Demokraten wünschten unter allen Um-ständen Geßler, die Volkspartei Jarres, und das Zentrum zielte auf eine eigene Kandidatur hinaus. Alles geschah in dem Bestreben, sich selbst von der Schuld rein-zumachen, wenn eine gemeinsame Kandidatur scheitern sollte.

Hören wir, was war! Der demokratische Parteiaus-schuß nahm zur Neubildung des Reichspräsidenten folgende Entschlieung an:

Der Parteiaus-schuß bedauert, daß durch die Aufstellung einer sozialdemokratischen Parteikandidatur die Möglichkeit einer republikanischen Einheitskandidatur zerstört ist. Er billigt die Haltung der Parteileitung in der Frage der Prä-sidentschaftskandidatur, insbesondere die Zustimmung zur Kan-didatur Geßler.

Der Reichsaus-schuß der Deutschen Volks-partei beschloß, an der Persönlichkeit des Oberbürger-meisters Dr. Jarres als Kandidat festzuhalten, während die Reichstagsfraktion bereit war, einer Sammellkandidatur Geßler zuzustimmen, „wenn diese von allen bürgerlichen Parteien angenommen wird“.

Die Bayerische Volkspartei protestierte gegen eine Kandidatur Jarres und setzte sich für Geßler ein, während das Zentrum im Verlaufe des Tages in seiner Haltung unentschieden blieb. Nicht einmal Dr. Rathen jög. Er mißte sich vergeblich in die Verhandlungen ein.

Abends 7 1/2 Uhr: Wieder Krach im Loebell-Aus-schuß, der am Spätmittag nochmals zusammengetreten war. Bayerische Volkspartei und Wirtschaftliche Vereinigung berieten gemeinsam mit dem Zentrum die Sitzung, als selbst ihnen die „Uebervorteilichkeit“ des „überparteilichen Ausschusses zu dumm wurde. Anschließend trat der Partei-ausschuß des Zentrums zusammen und nominierte ein-schließlich den preussischen Ministerpräsidenten Dr. Marx als Kandidaten für die Zentrumspartei. Damit ist die ge-meinsame Kandidatur des vereinten Bürgerblocks erledigt. Mit dem Zentrum marschieren die Sozialdemokratie und auch die Demokratische Partei im ersten Wahlgang getrennt auf, während die Deutschnationalen und Volksparteiler ihren Jarres in den Vordergrund stellen.

Der von der Demokratischen Partei zur Vor-bereitung der Reichspräsidentenwahl eingesetzte Ausschluß beschloß am Donnerstag, einen eignen Kandidaten aufzu-stellen. In der engeren Wahl fanden der Reichsprä-

minister Dr. Geßler und der badische Staatspräsident Dr. Sellpach. Nachdem Geßler gebeten hatte, von seiner Aufstellung abzusehen, wurde einstimmig Dr. Sellpach nominiert, von dem wir jagen können, daß er ein aus-gezeichneter Republikaner ist.

Im ersten Wahlgang stehen sich also fünf Kandi-daten gegenüber:

- Otto Braun, Sozialdemokrat.
- Sellpach, Demokrat.
- Marx, Zentrum.
- Jarres, Monarchist.
- Thälmann, Kommunist.

Es ist möglich, daß dazu noch ein und die andre Sonder-kandidatur kommt. Ein Teil der Völkischen nennen den General Lettow-Vorbeck, für den auch in Stahlhelm-kreisen Propaganda gemacht wird. Der Jungdeutsche Orden will den General v. Seeck wählen und ein Teil der Deutschnationalen nebst einigen völkischen Gruppen machen Stimmung für Hindenburg.

Der Gegner der Republikaner ist Jarres. Ihm steht in erster Linie Otto Braun gegenüber. Es kommt nun darauf an, auch den letzten Mann zur Urne zu bringen. Diese Arbeit wird durch die Aufstellung der republikani-schen Sonderkandidaturen sehr erleichtert. Ob es einem Kandidaten schon im ersten Wahlgang gelingt, alle Gegner zu schlagen, ist schwer vorzusagen. Versuchen werden es die Sozialdemokraten auf jeden Fall. Die Bedingungen für einen Sieg sind: 1. Die Sozialdemokraten müssen sich gegen ihn nicht einmal die Parteien der rechten Stichhaltiges vorbringen; er hat sich als Staatsmann bewährt, unter seiner Führung hat Preußen alle Stürme der letzten Jahre unerklärter überdauert. Jarres da-gegen hat in entscheidender Stunde in staatsmännischer Hinsicht vollkommen versagt: er war es, der nach dem Ende des Ruhrkampfes die Klinte ins Korn werfen und den Franzosen das Rheinland überlassen wollte. Jarres ist der Mann der Verjüngungspolitik; Jarres ist der Mann der Schamerindustrie; Jarres ist der Mann des Scheiters, in dessen Dienst die Staatsgewalt treten soll.

Leicht ist der Kampf für Otto Braun — noch leichter ist der Kampf gegen Jarres. —

Das Sicherheitsproblem.

Der Völkerbundsrat ist am Montag in Genf zu einer Sitzung zusammengetreten, die für die Entscheidung der europäischen Mächte in der Sicherheitsfrage von großer Bedeutung sein dürfte. Am Donnerstag begann die eigent-liche Debatte über dieses Problem. Sie dürfte zeigen, daß die Frage der Sicherheit überhaupt nur unter großen Schwierigkeiten einer Lösung entgegengeführt werden kann.

Schon jahrelang befaßt sich die europäische Öffentlichkeit mit dem Sicherheitsproblem. Das Genfer Protokoll schien dem Wunsch vieler Mächte nach Sicherheit gerecht zu werden, und es wäre vielleicht auch verabschiedet worden, wenn der

Sturz der Regierung Macdonald

nicht selber als erwartet eingetreten wäre. Tatsächlich ist das auf der letzten Völkerbundsversammlung mit vieler Mühe beschlossene Genfer Protokoll heute praktisch tot. Die letzten Erklärungen der englischen Regierung lassen gar keinen Zweifel darüber, daß Großbritannien seine Unter-schrift nicht unter das Genfer Protokoll setzen wird und nach andern Möglichkeiten zur Lösung der Sicherheitsfrage sucht. Diese Haltung des Kabinetts Baldwin ist hauptsächlich auf den Widerstand der Dominions zurückzuführen. Alle, mit Ausnahme von Kanada, haben das Protokoll ver-morren, in der Vermutung, daß sie durch seine Annahme künftig in europäische Konflikte verwickelt werden könnten.

Das Werk des Genfer Protokolls umfaßt zwei grundlegende Gedanken:

1. Die grundsätzliche Verpflichtung zur Annahme der Schiedsgerichtsbarkeit für alle internationalen Streitfälle.
2. Schaffung eines Garantiesystems zur Sicherung des Weltfriedens. Strenge Sanktionen gegen jeden Friedensbrecher, die praktisch jeden Krieg unmöglich machen würden. Darüber hinaus besteht für jede Macht, die Zwischenfälle herbeiführt, noch die Gefahr einer moralischen Achtung durch die ganze Welt.

Es war vorauszu sehen, daß ein solcher großzügiger Plan nicht ohne Widerspruch aufgenommen werden würde.

Schon im September v. J. als Lord Parmoor vielleicht etwas zu voreilig die englische Flotte zur Vollstreckung von Sanktionen für den Völkerbund in Aussicht stellte, erhob sich in England ein Entrüstungsturm aller „Patrioten“, die in diesem Vorschlag das Ende der britischen Vorherrschaft zur See erblickten. Seit dieser Zeit datiert der Widerstand gegen die Annahme des Protokolls, der in dem Entschluß des Kabinetts Baldwin jetzt seinen Ausdruck gefunden hat. Großbritannien hat ganz einfach nicht jene Garantie für die Aufrechterhaltung des politischen Status quo in Europa übernehmen wollen, wie sie das Protokoll vorsah. Nur die Regierung Macdonald war zeitweise hierzu bereit, aber auch sie verließ den in Genf beschrittenen Weg unter dem Ein-druck des englischen

Pressefeldzugs gegen die Unterzeichnung des Genfer Protokolls.

Vorbehaltslos unterzeichneten damals nur Frank-reich und die Tschechoslowakei. Gerriot sah in dem Genfer Protokoll die Erfüllung seiner Formel: „Abrüstung nur gegen Sicherheit und Garantie.“ Die Kleine Entente, in erster Linie die Tschechoslowakei und Polen, nahmen diesen Gedanken auf, um so eine Sicherheit ihrer neuen Grenze gegen Deutschland und Rußland herzustellen. Der unaus-gesprochene Gedanke blieb dabei, für den Fall eines deut-schen oder russischen Angriffskrieges sofort eine wirksame Ein-heitsfront von London über Paris bis Prag und Warschau auszusprechen. Es ist also sehr begründlich, wenn ersten Staaten in Genf ihre Unter-schrift unter das Protokoll setzten, während andre Staaten es weniger eilig hatten. In Sdney und Kapstadt sieht man eben die Weltlage etwas anders an wie in Prag oder Paris.

Anders lag und sieht heute die Sache bei der Neutralen. Sie sind gegenwärtig in Europa das Korn zwischen zwei Mühlensteinen. Eine Veränderung der politi-schen Lage durch Krieg kommt vorläufig für sie nicht in Frage. Sie hängen völlig von den Entscheidungen der Großmächte ab, soweit sie nicht wie Belgien oder die Kleine Entente mit irgendeiner großen Macht schon eine Inter-essengemeinschaft abgeschlossen haben. Die Neutralen sind deshalb aufrichtig an einer baldigen Durchführung des Gen-fer Protokolls interessiert, ohne daß ihr Wunsch aber prak-tisch irgendeine Bedeutung hätte.

Die bisherige Haltung der deutschen Regierung gegen-über dem Genfer Protokoll, insbesondere aber ihre Stellung-nahme zum Völkerbund, erschwert bei der Verschiedenartig-keit der Auffassungen die Lösung des Problems der Sicher-heit außerordentlich. Gewiß hat Stresemann

mit Zustimmung der Deutschnationalen

sich bereit erklärt, Elßaß-Lothringen für alle Zeit zu objektivieren, überhaupt den Versailler Vertrag, soweit es die Westgrenze anbelangt, nachträglich nochmals anzuer-kennen und für den Osten eine Formel finden zu helfen, die uns auch erträglich scheint. Aber alles das genügt nicht in einem Augenblick, wo der Kampf auf der einen Seite für das Genfer Protokoll, auf der andern Seite für einen Garantiepakt mit oder ohne Deutschland geführt wird.

Die deutsche Mitgliedschaft im Völkerbund würde die Stellung des Deutschen Reiches in den Debatten über die schwierigen Fragen, die in nächster Zeit zur Erörterung stehen, über die schwierigen Fragen, die in nächster Zeit zur Erörterung stehen, wesentlich erleichtern. Ein Deutsch-land, das Mitglied des Völkerbundes ist und damit einen überzeugenden Beweis seines Verschö-nungswillens und seiner Friedensliebe gibt, kann unter ganz andern Voraussetzungen das Sicherheitsproblem lösen helfen, als das heutige Deutschland. Mag sich Strese-mann mit seinen Bedingungen auch noch so drehen und win-den: Eines Tages wird er im Interesse Deutschlands, auch ohne bestimmte Voraussetzungen erfüllt zu sehen, seine Zu-stimmung zu dem

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund

geben müssen. Gerade die Erörterung des Sicherheitspro-blems durch die europäischen Mächte läßt schon heute erken-nen, daß der Ausgang dieser Debatte auf irgendeine Art mit dem Völkerbund in Zusammenhang gebracht werden wird. Ist es also der Bürgerblockregierung mit der Lösung des Sicherheitsproblems ernst, dann wird sie sich auch eines Tages über ihren Eintritt in den Völkerbund entscheiden müssen.

Eins aber scheint schon heute so gut wie sicher: der wesentliche Bestandteil des Genfer Protokolls, der große

Bedenke des obligatorischen Schiedsgerichts, wird auch in Zukunft die Beratungen über das Sicherheitsproblem beherrschen, ganz gleich, ob der Genfer Pakt heute oder morgen fällt oder nicht, und wir sind überzeugt, daß die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit die Völker besser vor neuen Kriegen und Vergewaltigungen schützen wird als alle Rüstungen und Garantieverträge, die doch nur der Ausdruck des gegenseitigen Mißtrauens und der Unverhältnißlichkeit sind. —

Ablehnung des Genfer Protokolls.

Vor dem Völkerbundrat wurde am Donnerstag mit einer Erklärung des englischen Außenministers Chamberlain die Debatte über das Genfer Protokoll eingeleitet. Chamberlain verlas seine Ausführungen Wort für Wort und sagte unter andern: Der anerkannte Zweck des Protokolls ist die Erleichterung der Abrüstung. Der werde aber nicht erreicht. Weitere große Schwierigkeiten ergeben sich bei der Anwendung der Seestreitkräfte insbesondere über die Verteilung der Schiffe.

Die Ergänzungen, die das Genfer Protokoll für den Völkerbund jetzt vorzieht, ändert seinen Geist völlig. Die Sanktionsfrage wird neu geregelt, es werden neue Fälle für die Anwendung von Sanktionen aufgestellt und die Ausarbeitung militärischer Sanktionspläne hat zu erfolgen, daß das Wirken des Völkerbundes nicht so sehr darin bestehen soll, friedliche Zusammenarbeit zu fördern, als vielmehr den Frieden dadurch zu wahren, daß er kriegerische Organisationen schafft. Die britische Regierung erklärt darin weniger eine Schwächung des Friedensgedankens als eine Erhöhung der Kriegesgefahr.

Der beste Ausweg ist nach der Ansicht meiner Regierung eine Ergänzung des Völkerbundes durch besondere Abmachungen, für besondere Zwecke unter Mitwirkung des Völkerbundes.

In der öffentlichen Nachmittagsitzung antwortete Brand auf Chamberlains Rede. Im Gegensatz zu der englischen Auffassung sei er auch heute noch der gleichen Meinung wie im September, daß nämlich das Protokoll das vornehmste Mittel zur Sicherung des Weltfriedens sei. Er erwiderte die englische Kritik an, daß die Unvollständigkeit des Völkerbundes das größte Hindernis für die Friedensarbeit sei, und wiederholte die Einladung an Amerika, sich dem Völkerbund anzuschließen. Diese Einladung gelte aber ausdrücklich für alle Staaten, die noch außerhalb stünden. —

Simons Verteidigung.

Als am Donnerstag um 12.05 Uhr die Glocken zum Beginn der Reichstagsitzung läuteten, sind bereits zahlreiche Abgeordnete und Regierungsvertreter im Saal. Auf der Redebühne haben, wie immer an großen Tagen, mehrere Photographen Aufstellung genommen und harren des Augenblicks, wo eine ruhige Szene im Verlaufe der Verteidigung eine Zeitaufnahme ermöglicht. Auch das Reichskabinett ist vollständig erschienen und die Diplomatenlogen voll besetzt.

In dem Augenblick, wo Präsident Löbe auf seinem Platz erscheint, erheben sich alle Anwesenden. Die Kommunisten sind nicht im Saal. Der Präsident unterläßt die übliche Formel zur Eröffnung der Reichstagsitzung. Er beginnt sofort mit folgender Ansprache:

Herr Reichsgerichtspräsident! Nach dem plötzlichen und tiefbegriffenen Hinscheiden des Herrn Reichspräsidenten Ebert hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 10. März 1925 Sie zum Stellvertreter des Herrn Reichspräsidenten bis zum Amtsantritt des neuen Präsidenten gewählt. Die Verfassung fordert, daß der Reichspräsident und sinngemäß also auch sein Vertreter den im Artikel 42 vorgezeichneten Eid vor dem Reichstag ablegt. Ich habe die Ehre der Reichstagsitzung zu diesem feierlichen Akt zusammenzurufen und erlaube mir, Ihnen die Eidesformel zu überreichen. Ich ersuche das Haus, sich zu erheben, und bitte Sie, den Eid abzulegen.

Stellvertretender Reichspräsident Simon sprach sodann folgenden

Wortlaut der Eidesformel:

Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesehe des Reiches wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.

Darauf leistete Dr. Simons den Eid durch Handschlag in die Hand des Reichstagspräsidenten.

Reichstagspräsident Löbe: Mit der Leistung dieses Eides übernehmen Sie Ihr hohes und schweres Amt. Niemand von uns zweifelt daran, daß Sie das Vertrauen so großer und vieler Parteien erfüllen und Ihr Amt zum Wohle des Landes und des deutschen Volkes verwalten werden. Ich spreche Ihnen im Namen der Körperschaft, die diese Wahl getroffen, meinen herzlichsten Glückwunsch aus.

Stellvertretender Reichspräsident Simon: Herr Reichstagspräsident! Ich danke Ihnen herzlich für den Glückwunsch, den Sie mir im Namen dieses hohen Hauses dargebracht haben, und für den Ausdruck Ihres Vertrauens. Es wird mein Streben sein, dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Meine Damen und Herren! Sie haben den Schwur gehört, den ich in die Hand Ihres Präsidenten abgelegt habe. Hören Sie nun auch meinen Dank, den Dank für die Ehre, die Sie mir mit der Initiative Ihrer Wahl erwiesen haben. Ich weiß wohl, das Gesetz sagt es klar, daß ich die Ehre nicht sowohl meiner Person als der Stellung zuzuschreiben habe, in die mich der verstorbene Reichspräsident erhob, und gerade das freut mich; denn dadurch betont das Gesetz die Bedeutung des deutschen Richterturns, dem ich mit Stolz angehöre. Aus ihm bringe ich in mein Zwischenamt das innere Gebot der Unparteilichkeit.

Von dem vielbetrübten Toten, den ich vertrete, nehme ich das Vorbild der Treue und Würde, durch die er seinem Amte die Achtung der Welt erwarb. Seine hohen politischen Gaben sind kein übertragbares Erbe. Aber wie ich geschworen habe, die Pflichten dieses Amtes gewissenhaft zu erfüllen, so bin ich auch entschlossen, meine Rechte mit Festigkeit zu wahren, damit ich sie unversehrt in die Hände des Mannes legen kann, den sich bald zum ersten Male in seiner wechselliebenden Geschichte das ganze deutsche Volk, soweit es staatslich geeint ist, in freier, unmittelbarer Wahl zum Oberhaupt führen wird. (Lebhafte Beifall.)

Mit einem Gähndem verabschiedete sich der stellvertretende Reichspräsident von dem Reichstagspräsidenten. Damit war der feierliche Akt beendet. —

Die Staatsanwaltschaft baut ab.

Wochenlang hat die deutschnationale und volksparteiliche Presse von der Barmat-Affäre gelebt. Ihre ganze Hoffnung wurde auf diese Skandalaffäre gesetzt, ohne daß die Verleumder aber auf ihre Rechnung gekommen wären. Mit dem Abbau der Konstruktionen durch die Staatsanwaltschaft in Moabit mußte auch die deutschnationale Presse ihre „Entfaltungen“ mehr und mehr einschränken, und heute ist man glücklich so weit, daß nur noch die Barmat-Auswürfe im Reichstag und Landtag der Rechtspreffe hier und da unter Verdrehung der Tatsachen Gelegenheit zur Geze geben. In diesen Auswürfen wird weiterhin nach Schmutz wegen einzelner Persönlichkeiten gesucht, während die Staatsanwaltschaft in Moabit stark im Begriff ist, erd- und luftig abzubauen und unter ihrem Skandal einen Strich zu ziehen. Das ergibt sich hauptsächlich aus der Beantwortung eines Haftentlassungsantrages, den die Verteidiger der noch im Gefängnis sitzenden Gebrüder Barmat vor wenigen Tagen dem Untersuchungsrichter übermitteln haben. Der Antrag wurde selbstverständlich abgelehnt, aber selbst der deutschnationale „Berliner Lokalanzeiger“ muß dazu feststellen:

Bemerkenswert ist allerdings, daß es in dem Beschlusse heißt, der Verdacht des Kreditbetrages sei nicht mehr als bringend und die Verbundentlassungsgefahr nicht mehr als vor-

handen anzusehen. Auch die Befreiung der Staatsbank wird nicht als erwiesen angesehen. Nur bezüglich des früheren Postministers Goefle besteht noch ein gewisser Verdacht und damit auch ein Fluchtbedacht.

Mit andern Worten: die Staatsanwaltschaft baut ab! Man vergleiche mit ihrem jetzigen Verhalten nur die Aktion gegen Schwanenwerder, an der fast hundert Kriminalbeamte teilnahmen und zu der u. a. auch der Wasserbau aufgeboren wurde. Jedenfalls ergibt sich aus der ablehnenden Begründung des Haftentlassungsantrages der Verteidiger von Barmat, daß die Staatsanwaltschaft, ohne im Besitze von stichhaltigem Material zu sein, die Verhaftung der Barmats vorgenommen hat. Wäre es anders, dann hätte ihre Begründung in der Ablehnung des Haftentlassungsantrages wesentlich anders ausfallen müssen. —

Die Geschäfte mit der Lebensmittellieferung.

Im Reichstagsanschuß für die Kreditaffären wurde am Donnerstag der Direktor Reichschemo befragt und vernommen. Er war früher kaufmännischer Referent des Reichs-ernährungsministeriums und Kommissar für die Beschaffung von Lebensmitteln. Im Juni 1919 wurde er durch Barmat bekannt. Barmat machte verschiedene Angebote, nannte verschiedene Empfehlungen wie die Commerz- und Privatbank Berlin, Mendelssohn in Amsterdam usw.

Die Commerz- und Privatbank gab gute Auskünfte über Barmat. Barmat versprach anfangs viel, aber auch nicht mehr als andre Auslandslieferanten. Gehalten wurde schließlich sehr wenig. Die Geschäfte Barmats mit der Reichs- und Reichsfliechelle werden vom Zeugen auf 15 bis 20 Millionen Gulden geschätzt. Von einer Anweisung des Reichswirtschaftsministers an die Reichsfliechelle, mit Barmat Geschäfte zu machen, sei keine Rede gewesen. Dem Zeugen ist auch nichts bekannt, was auf eine regelwidrige Bevorzugung Barmats hindeutet. Barmat habe keine Differenzen mit den einzelnen Reichsfliechellen in etwas hurtigster Weise beigelegt gesucht. Jedenfalls könne von einer Bevorzugung Barmats keine Rede sein. Auch sei irgendeine Beeinflussung durch einzelne Abgeordnete, wie Weiss, Heilmann usw. zugunsten Barmats dem Zeugen gegenüber nicht erfolgt. Die Vernehmung Reichschemos wird am Freitag vormittag fortgesetzt. —

Mary und die Deutschnationalen.

Aus dem Preußen Landtag wird uns geschrieben: Der preussische Ministerpräsident Doktor Mary hat am Donnerstag mit den Fraktionen des Preussischen Landtags über die Bildung einer Regierung verhandelt. Im Verlauf der Besprechungen richtete er an die Parteien u. a. den Wunsch, sich möglichst bald über ihre Stellungnahme zu einem Kabinett zu entscheiden, das teilweise aus Beamten zusammengesetzt ist. Er machte diesen Vorschlag, ohne selbst von seiner Verwirklichung überzeugt zu sein. Jedenfalls aber hat er den guten Willen gezeigt, während die Deutschnationalen noch am Donnerstag in einer Fraktionsitzung beschlossen, auch eine solche Regierung zu bekämpfen, solange sie Anschlag an die Sozialdemokratie sucht. Dieser Anschlag ist aber für Mary selbstverständlich.

Die Sozialdemokratie hat gegen ein Kabinett, das sich zum Teil aus Beamten zusammensetzt, im allgemeinen nichts einzuwenden. Ihre letzte Entscheidung ist natürlich davon abhängig, welche Parteistellung diese Beamten einnehmen. Ganz selbstverständlich bleibt, daß sie auf das Innenministerium in jeder Regierung besteht, die sie unterstützen soll.

Die deutschnationale Landtagsfraktion besprach am Donnerstag in einer Abendsitzung die Regierung des Ministerpräsidenten Mary, ein Kabinett zu bilden aus einem Deutschen Volksparteiler, einem Zentrumsmittglied und einem Demokraten unter Ergänzung durch „Beamte“, die der Deutschnationalen Volkspartei und den Sozialdemokraten nahestehen. Die Fraktion lehnte, wie wir hören, ein Kabinett ab, an dem Sozialdemokraten in irgendeiner Form beteiligt sind. —

Kleines Feuilleton.

Lanzmann.

Im letzten Sonderheft, das Professor Wendel im „Sittlich-Rollen“ dirigiert, jollten Lanzmann aus aller und neuer Zeit vorgeführt werden. Das Programm war verlockend: es begann mit der italienischen Renaissance, das 16. Jahrhundert, also mit der Kunst der Renaissance, und führte — leider mit Auslassung des Barock, das mit Handel oder auch gerade das weggelassen, was am meisten interessiert hätte, die von Ottaviano Respighi bearbeiteten „Geliebten“, „Bomaner“, „Silanellen“ und wie diese schmuckhaften Stücke sonst noch heißen. Ist jenes Programm in Wendel überhaupt nicht immer glücklich. Nicht einmal das, was er als Erfolg für die Renaissance nennt, hat eine Volkstümlichkeit des Belgiers Gretry aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, war gut gewählt. Seltz Reich hat diese mit andern Rokokowerken zusammen, etwa mit Gluckens Ballettaufzügen, für das moderne Orchester bearbeitet. Ein Regelmäßigereperiment auf Seiten des Stils. Von der Rokokoästhetik bleibt nämlich in der modernen Überarbeitung, die vor allem den Klängen zugute kommt, nicht mehr viel übrig. Der Meister der französischen Spielerei — neben Händels und Mozarts — hat in seinem Rokoko für ein Kammermusikschüler von höchstens 30 Mann geschrieben. Wohl gibt es auch Werke des 18. Jahrhunderts, die eine bedeutende Vergrößerung des ausführenden Apparates verlangen, etwa Händels Oratorien oder Haydns H- und K- Messen, aber das sind imphische Bandwerke mit der auch in der gleichzeitigen Architektur wahrnehmbaren Neigung zur Aufblähung. Seltz sind verträglich nach eine Vergrößerung der Mittel. Aber beileibe nicht die eigentlichen Rokokomeister. Was würde es wohl empfinden, die „Entführung“ in dieser Orchesterbearbeitung anzuführen? Am Orchestrierteil den jenen Folger, die nur der Nationalismus der Rokoko-Periode hat bestimmen können.

Die drei „deutschen Tänze“ von Mozart eignen sich ebenfalls für großes Orchester, ja noch weniger. Was kann leicht man Orchester in Kammermusik aufzuführen? Wendel dirigiert auch schon lange genug im „Sittlich-Rollen“, um die stichhaltigen Beschränkungen zu kennen; er möchte wissen, daß das Orchester, selbst der Saal nicht voll besetzt, in übermäßig dröhnt, was würde jenseits aus diesem Grunde solche sechs Musiker wie die Rokokomeisterische Bearbeitung der „Entführung“ zum Zweck werden. Was hat denn Weber denn geschrieben, das Orchester zu überfordern? Was hat an Können bestimmt nicht, den g-

gehört zu den genialsten Instrumentationskünstlern des 19. Jahrhunderts — was sich von Felix Weingartner weniger behaupten läßt. Wo warum hat er aus einem feinen anspruchsvollen Klavierstückchen eine Opernnummer für Klavier und Orchester gemacht? Offenbar aus jenem nämlichen Mangel an Entschlossenheit heraus, der an den stichhaltigen Klavierbearbeitungen, der Gounodischen Verwandlung eines russischen Klavier-Präludiums in eine idyllische „Requiem“ für Klavier und Orchester und an jenen stichhaltigen Bearbeitungen für modernes Orchester erkennbar wird. Aber unter dieser Periode der Verbalhornungen mühte nachgerade ein dieser Strich gezogen werden.

Das Programm begann eigentlich erst mit Schuberts Ballettmusik zur „Rosamunde“, einer Oper, die wegen ihres Textes nicht aufzuführen ist. Sie klingt weit heftiger als die „Ständchen-Tänze“ von Dvorjak, der, wenn er für Orchester zu schreiben hat, leicht zu massiv wird und mit dem Blech allzu temperamentvoll losläuft — bei aller Schwärze des musikalischen Gehalts dieser Stücke sei das gesagt. Die meiste Kraft ist dagegen Tschaikowskys Orchesterstück „Seine Majestät“ Suite mit ihren ersten Reigen gehört zum allerbesten, was wir von dem russischen Meister besitzen. Sie und der Straußsche Walzer am Schluß, dem noch ein zweiter hinzugefügt werden mußte, würden die Höhepunkte des rechtlich langen Programms. Hier konnte, mehr noch als bei den „Ungarischen Tänzen“ von Brahms, die ja erst nachträglich instrumentiert worden sind, Wendel seine Dirigenten Eigenschaften einbringen: bei rhythmischer Straffheit im ganzen Wiegankrit im einzelnen, die Verzögerungen, Anläufe, Rückläufe, Steigerungen erlaubt, kurz alles, was dem Dirigieren die persönliche Note, den warmen Pulsschlag des Temperaments gibt. Wer einen Wiener Kaiser zu spielen kann, ist ein Meister in seinem Fache. Wir hoffen, Wendel im nächsten Winter bei uns begrüßen zu können.

Uns doten.

Mirafel.

Giuseppe Papini, der durch seine „Lebensgeschichte Christi“ auch in Deutschland bekannt gewordenen italienische Schriftsteller, soll zur Zeit, als er gestorben werden sollte, sehr stehig gewesen sein. Besonders bezeichnend für Papini vorberühmte Pater, daß dieser an Wunder glaube. Im Papini zu überzeugen, bewachte ihn der Priester in folgenden Dialog:
Der Priester: Wenn ich dich auf den 11. Meter hohen Campanile des Domes in Florenz führe und du jähst durch irgendein unglückliches Ereignis ab, ohne daß du etwas geschickst. Was ist das?
Papini: Ein Unfall!
Der Priester: Und nun würde ich dich noch einmal fragen

und es geschieht das-jelbe, ohne daß du Schaden davonträgst. Was ist das?

Papini: Das ist Glück!
Der Priester: Und nun führe ich dich zum drittenmal hinauf und du jähst ab und dir geschieht nichts. Was ist das?
Papini: Unglück!

Der Kaiserpiegel.
Als Mark Twain zu großem Ruhm gelangt war, besah ihn die Oxford-Universität den Titel eines Ehrendoktors beider Rechte. Der neue Doktor fuhr aus seiner amerikanischen Heimat nach England, um sich für die Ehre zu bedanken. Nach der Ankunft in England wurde Mark Twain nicht nur zu unzähligen Malen fotografiert, sondern auch von einer Unzahl von Briefen aus dem Publikum überhäuft. Unter anderem wurde dem Humoristen auch eine Photographie zugesandt, und zwar von einem Manne, der vorgab, Mark Twain ähnlich zu sehen und ihn ersuchte, sich doch zu dieser außergewöhnlichen Ähnlichkeit zu äußern.

„Dear Sir,“ erwiderte Mark Twain, „ich finde, daß mit Ihre Photographie viel ähnlicher sieht, als ich selbst mir ähnlich sehe. Ich habe sie auch sofort entrahmen lassen und in meinem Badezimmer an die Stelle meines Spiegels gehängt, um mich bei jeder in täglich vor ihr zu rasieren.“

Für ein Stammbuch.
Anlässlich des erwähnten Aufenthalts in England fand Mark Twain in die Situation, der jungen Tochter eines englischen Ehepaars, bei dem Twain zu Besuch war, etwas im Stammbuch schreiben zu müssen. Er schrieb: „Die Wahrheit ist unser kostbarstes Gut...“
Eien wie parjam damit!

Seelenhandel.

Tallemant des Réaux erzählt in seinen „Contes et nouvelles“ vom Tode des Comtes de La Rochefoucauld. Dieser hatte einem Kloster ein Legat von 4000 Livres zugesagt. Die Mönche wollten mehr und versprachen ihm für 8000 Livres das Paradies.
„Wenn ich nicht für 4000 Livres fertig werde, werde ich auch für 8000 nicht,“ erwiderte der Comtes, drehte sich um und starb mit dem ruhigsten Gesicht von der Welt.
Kassenzeit.
Chamfort erzählt die Geschichte vom Bischof von Soanen, der von einem Abbe um die Abendzeit besucht wird. Der Bischof bittet den Abbe zum Speisen; der Abbe weigert sich. Der Bischof bittet zum zweitenmal, und der Abbe erwidert: „Romagnon, ich habe heute schon zweimal genachmittigt und überdies ist heut Sonntag.“
J. R. in der „Frankfurter Zeitung“

Preussischer Landtag.

Radiodienst der Völkstimme.

Belgien will räumen?

§ Straßburg, 13. März. Die „Nation Belge“ behauptet, daß der belgische Außenminister und andere Persönlichkeiten des Kabinetts bereit sind, den größten Teil des belgisch besetzten Gebietes bald zu räumen, weil in absehbarer Zeit auch die Mündung der Schelde in absehbarer Zeit sicher sei. Außer dem Ruhrgebiet sollen von den belgischen Truppen geräumt werden die Kreise, die die Städte Wesel und Duisburg-Mühlrath, außerdem Domburg, Emmerich, Oberkassel, Hamm, ferner Unterassel und Neuß, so daß eigentlich nur noch das Aachenener Gebiet besetzt bleibt.

Vom Völkerbundsrat

Genf, 13. März. Der Völkerbundsrat setzte im Anschluß an die Rede Briand's am Donnerstag nachmittags die Debatte über den Genfer Pakt fort. Die Vertreter Spaniens und Japans erklärten die grundsätzliche Bereitschaft ihrer Länder, an dem Friedenswerk mitzuarbeiten, ohne jedoch über das Protokoll verbindende Erklärungen abzugeben. Der italienische Vertreter äußerte, daß seine Regierung den Abschluß von Sonderverträgen ablehne. Mehrfache Mitteilungen wurden von den Regierungsvertretern für kleinere Staaten gemacht. Der tschechische Außenminister wird sich zu den aufgeworfenen Problemen erst am Freitag äußern. Der Rat beschließt dann in einer for-

mellen Erklärung die Beschlüsse der Ratmitglieder zusammenzufassen und der Vollversammlung zur Entscheidung vorzulegen. Ehrende Anerkennung Eberts.

New York, 13. März. Der neue deutsche Botschafter in Amerika, v. Maltzahn, wurde am Donnerstag nachmittags von dem Präsidenten Coolidge im Weißen Hause zur Lieberreichung seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Maltzahn hielt einleitend eine Rede, auf die Coolidge in Erinnerung an den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, den er als vorbildlichen und aufrechten Mann mit seltenem Takt kennzeichnete, antwortete. Coolidge hat die Absicht, den Senat nochmals um die Bestätigung des von ihm ernannten Justizministers zu ersuchen. (Der Senat bereite eine Niederlage, als er kürzlich die Bestätigung des Justizministers mit kleiner Mehrheit ablehnte. Vizepräsident Dawes fehlte bei dieser Abstimmung. Offenbar rechnet Coolidge jetzt mit einer Mehrheit.)

Neberall Schnee.

Berlin, 13. März. Während der ganzen Nacht tobten bei 6 bis 16 Grad Kälte schwere Schneestürme in ganz Norddeutschland. Der Schnee liegt stellenweise fußhoch. Auch im Rheinlande sind in den letzten 24 Stunden große Schneemassen niedergegangen. Aus Italien kommen Meldungen über außergewöhnlich große Kälte.

Die Wirren unter den Völkischen.

Am Sonntag fand in München eine Landestagung des Völkischen Blocks statt, der sich vor Jahresfrist als Dachorganisation in Bayern gebildet hatte. Dabei wurde vom Landesleiter das Ergebnis einer Umfrage bei den einzelnen Ortsgruppen bekanntgegeben, aus dem hervorgeht, daß die große Mehrheit der Kreisverbände in Bayern sich der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Hitlers anschließen. Auch Straßer erklärte, das gleiche zu tun. Auf Grund dieser Tatsache beschloß die Landesversammlung einstimmig die sofortige Auflösung des Völkischen Blocks. Da aber eine Reihe prominenter Wortführer und auch eine Reihe von Ortsgruppen und Einzelmitglieder in den Kreisverbänden aus persönlichen und andern Gründen der Partei Hitlers nicht beitreten, wurde für Bayern eine eigene „Nationalsozialistische Völkische Arbeitsgemeinschaft“ gegründet, um zu verhindern, daß diese Leute, die sich Hitler nicht anschließen, ins deutschnationale Lager übergehen.

Es handelt sich hier in der Hauptsache um jene politischen Kreise, die in der Entfremdung zwischen Hitler und Juden dorff sich auf die Seite des „Großen Feldherrn“ stellen.

Von den jetzigen bayerischen Landtagsabgeordneten des Völkischen Blocks, der auch für die Zukunft als Fraktion im Landtag zusammenbleiben will, haben sich sieben unter Führung des Abgeordneten Dörfler der Arbeitsgemeinschaft angeschlossen.

Meine Kandidatur.

Ich wollt', ich wär' ein Kandidat, Dann wär' ich mit im Rennen, Im großen Rennen um den Staat Würd' man auch mich jetzt „nennen“.

Als Außenleiter, ganz apart, Dieß ich um Würd' und Bürde, Ich glaub, ich käm' gut vom Start Und nähm' manche Bürde.

Ich kenne als ein Leichtgewicht, Ganz blind, wie einß Lohias, Dieleucht' künd' dann im Kennbericht: „Gemecht' hat's Jeremias!“

Doch käm' ich auch nicht ans Ziel, So könnt' ich doch verbrießen: Im wortklotzigen Zeitungstil Ständ' ich bei „Ferner liegen . . .“

Messieurs, Mesdames, der „Mun“ beginnt, Ich frage: Wähl' mich einer? Wo so viel Kandidaten sind — Warum denn nicht noch einer?

Ob rechts, ob links, mir ist's egal, Ich laufe schlimmsten Falles International, rechtsradikal, Und ich verpöche alles.

Und bleib ich wirklich auf der Streck', So war ich doch ein Pöhlmann, Ich trink' nen Kognat auf den Schreck Und rufe: „Pröckchen, Thälmann!“

Jeremias.

Ja, wenn er Stammgast wäre . . .

Der gewöhnliche Mitteleuropäer hat keine Ahnung davon, aus welchen Gründen eigentlich die Darmstädter betrieblen sind. Eine Aufklärung kann die „Deutsche Gastwirtzeitung“ geben, die in ihrer Nummer 20 die Aussagen des ehemaligen Direktors der Reichsfleischstelle vor dem preussischen Untersuchungsausschuß ausgerechnet sowie ausführlich wiederholt, als die Person des Regierungspräsidenten Grüner in Frage kommt. In die Aussage Schwons knüpft die genannte Zeitung dann heftige Ausfälle gegen Grüner, den sie als unzuverlässigen Funktionär bezeichnet, der aus seiner Perückenstellung heraus die Treppe hinaufgeworfen sei.

Man muß hierzu wissen, daß Grüner Jurist und vorgebildeter Verwaltungsbeamter ist. Die „Deutsche Gastwirtzeitung“ selbst gibt die Antwort auf die Frage, warum sie Grüner beratt kämpft, indem sie schreibt:

In vorliegenden Falle handelt es sich um einen der mildesten Vorkämpfer der Abstinenz, der bekanntlich vorher Regierungspräsident in Düsseldorf war und dort wie auch in Merseburg wegen seiner abstinenten Zucht Zwangsberühmtheit durch das ihm unterstellte Beamtenpersonal unliebbare Presseerörterungen veranlaßte.

Wenn man dazu noch den Leitartikel der „Deutschen Gastwirtzeitung“ in der gleichen Nummer liest, aus dem sich unwiderleglich ergibt, daß durch die Abstinenzbewegung die heiligsten Güter des deutschen Volkes bedroht werden, kann man die ethischen Motive, die allein doch Anlaß und Seele der Heße um Darmstadt sein sollen, in ihrer ganzen Lauterkeit würdigen.

Das deutsche Friedensangebot.

Der Reichsaußenminister hat nachträglich, einer Bitte der „Kölnischen Zeitung“ folgend, die von ihm am Mittwoch im Auswärtigen Amt gehaltenen Rede veröffentlicht. Sie behandelt in erster Linie das Sicherheitsangebot und gibt einen Überblick über die von Deutschland in dieser Frage eingeleiteten Verhandlungen. Die wichtigsten Stellen der Rede lauten:

Unsere Botschaften und Gesandtschaften in Paris, London, Rom und Brüssel haben zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland bereit sei, einen

Sicherheitspakt

der am Rhein interessierten Mächte beizutreten. Sei es, daß er sich auf Abmachungen zur Vermeidung des Krieges bezöge, sei es, daß er die Garantierung des gegenwärtigen Besitzes am Rhein zum Gegenstand hätte. Dabei haben wir weiter betont, daß wir zur Befriedung des deutschen Friedenswillens auch bereit seien, mit allen Staaten Schiedsgerichtsverträge zu schließen wie wir das beispielsweise mit der Schweiz und mit Schweden schon getan haben. Wir sind uns dessen wohl bewußt, für das deutsche Gefühl bis an die Grenze des Möglichen gegangen zu sein. Die Garantierung der deutschen Westgrenze bedeutet

schmerzlichen Verzicht

in Hinblick auf die Entwicklung der deutschen Geschichte und Erinnerungen die uns ewig teuer sein werden.

Aber es ist nicht ein einseitiger Verzicht von unserer Seite. Es bedeutet auch Verzicht für diejenigen französischen Politiker und Militärs, die es nicht verdammen können, daß der Vertrag von Versailles die Rheinlande bei Deutschland gelassen hat und die ihr hegeheiligtes Auge auf das linke Rheinufer geworfen haben.

Das deutsche Volk, die deutsche Wirtschaft, aus tausend Wunden blutend, hat nur den einen Wunsch, endlich einmal in absehbarer Zeit in Frieden, Ordnung, Freiheit und Wohlfahrt zu leben. Das zum Ausdruck zu bringen und durch internationale Abmachungen zu verbrießen, war unsere Absicht und ist unser christlicher Wille. Wir zweifeln nicht an dem ehrlichen Willen der französischen Regierung, für eine friedliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich einzutreten.

Es gibt

keine Partei in Deutschland,

von den Völkischen bis zu den Kommunisten, die anerkennen könnten, daß die Ziehung der deutschen Grenzen im Osten dem Selbstbestimmungsrecht der Völker entspricht. Deutschland hat nicht die Gewalt, eine Veränderung der Grenzen zu erzwingen und nicht den Willen, es zu tun. Wenn aber der Artikel 19 des Völkerbundsstatuts ausdrücklich davon spricht, daß unanwendbar gewordene Verträge geändert werden können, so könne niemand Deutschland zumuten, seinerseits diese Bestimmungen nicht in Anspruch zu nehmen.

Es ist auch uns klar, daß ein Fünfmächtepakt, wie wir ihn erstreben, nicht außerhalb des Völkerbundes stehen kann. Wenn der gute Wille der andern Mächte besteht, mit Deutschland zusammenzuarbeiten, dann wird auch ein Weg möglich sein, um die noch vorhandenen Schwierigkeiten zu beheben.

Monarchistisches Durcheinander.

Die von Dr. Heim abgeleitete bisherige Leitung des bayerischen Heimats- und Königsbundes hat durch die Revolution an die Oberfläche gespülten Obergeometer Stanzler an der Spitze, hat nunmehr einen eignen Klub Bayerischer Freundschaft gegründet, so daß eine Spaltung der bayerischen Monarchistengruppen zu erwarten ist. Dieser neue Bund tritt bereits mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem das von Heim angelegte geplante Volks-Königtum abgelehnt und die Wiedereinführung des Hauses Wittelsbach mit allen alten Rechten gefordert wird.

Die Leuchten dieses neuen Bundes wollen demnach ganz unabweislich zurück zum absoluten Feudal-Königtum des Mittelalters und verwahren sich gegen jede Verfassung des Königtums auch nur im Sinne Heims. Der Aufruf ist vom 2. März — tatsächlich vom 2. März des Jahres 1925 — datiert und trägt die Unterschrift von drei Regensburgern, zwei Großkaufleuten und einem Schuldirektor.

Es ist eine beschämende Tatsache, daß diese monarchistischen Erben mit ihren ins Mittelalter gehörenden Ansichten und Plänen noch immer ein Publikum finden. Ihr heutiges Durcheinander ist noch nicht das Ende, doch scheint es der Anfang vom Ende zu werden.

Notizen.

Aufhebung des Thüringer Landtags beantragt. Bei der Beratung der sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf Auflösung des Landtags gab Abgeordneter Frölich einen Ueberblick über die bisherige Regierungspolitik des Bürgerblocks. Nichts von alledem, was die Regierung in ihrer Erklärung angekündigt, ist verwirklicht worden. Die versprochenen Hilfe für die Erwerbslosen, für die Rentner und Kriegesbeschädigten ist ausgeblieben. Schon die Wahlen zum Reichstag am 7. Dezember haben ergeben, daß die Oppositionsparteien gegenüber den Parteien, die die Regierung unterstützen, an Macht gekommen haben. Die letzten Kreis- und Gemeinderatswahlen haben den Fortschritt dieser Entwicklung gezeigt. Vor allen haben die Nationalsozialisten, die mit ihren sieben Vertretern im Landtag seine treue Stützen der Regierung sind, so gut wie keine Anhänger mehr hinter sich.

Die Spruchbücher werden ausgeliefert. Die in der Döschow-Kawatz verfaßten Spruchbücher Karl und Hermann Weber werden nach einer Wittermeldung am Sonntag an Deutschland ausgeliefert werden. Die bayerischen Beamten, die zu der Verhaftung beigetragen haben, erhalten eine Prämie von 200 000 Reichsmark.

Depeschen.

Falschliches Zittlichkeitsverbrechen.

Es Rom, 13. März. Die Stäter bepröchen alle ausführlich den Fall einer Vergewaltigung einer Ausländerin im Zuge Rom-Florenz. Es hat sich herausgestellt, daß das Opfer eine deutsche Staatsangehörige in deren Eltern in Frankfurt wohnen und daß der Schandige ein Mitglied der falschlichen Eisenbahnmiliz ist, welcher für die „Sicherheit“ in den Bahnhöfen zu sorgen hat.

Der Preussische Landtag beriet am Donnerstag in zweiter Lesung den Gesetzesentwurf der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten über die Hinausschiebung der Wahlen für die Provinziallandtage und Kreistage. Der Ausschuß hat vorgeschlagen, die Empfehlung des 1. Juli 1925 als Endzeitpunkt für diese Wahlen noch weiter zu verlängern, und zwar auf den 1. November 1925. Der Grund der Hinausschiebung wird darin gesehen, daß ein neues Wahlgesetz, das dem Staatsrat vorliegt, erst vom Landtag beraten werden soll, damit die neuen Wahlen nach dem neuen System, durch das die Wähler in ein persönlicheres Verhältnis zu ihren Abgeordneten kommen sollen, vorgenommen werden können.

Die Volkspartei und Deutschnationale beantragen dagegen, die Neuwahlen sofort anzuordnen.

In der Abstimmung wird der gemeinsame Antrag der Deutschnationalen und der Volkspartei auf sofortige Anordnung der Neuwahlen gegen die Antragsteller sowie gegen die Freiheitspartei und die Kommunisten abgelehnt. Das Ergebnis der Abstimmungen wird mit lebhaften Kundgebungen zwischen den Verantwortlichen der Vorlagen und der Opposition aufgenommen.

Es folgt die Abstimmung über den Ausschußantrag, wonach die Wahlzeit der Abgeordneten bis zum 1. November 1925 verlängert wird. Bei der Abstimmung stellt sich die Mehrheit für die Verlängerung des Hauses heraus.

Außerhalb der Tagesordnung wird auf Antrag Orzeszinski gemäß einem Beschluß des Geschäftsausschusses die nachgeforderte Genehmigung zur Vernehmung des Abg. Braun-Berlin im Hoffarth-Prozess mit der Maßgabe erteilt, daß die Vernehmung bis zum 16. März einstellt, erfolgt sein muß.

Vizepräsident Garnich schließt die Sitzung und beruft auf sofort die neue Sitzung ein. Als erster Punkt der neuen Sitzung steht auf der Tagesordnung die erste Beratung der Novelle zu dem Gesetz über

Grundvermögenssteuer.

Durch den Entwurf sollen die bestehenden Gesetzesbestimmungen dahin geändert werden, daß ihre Geltungsdauer auf den 31. März 1926 verlängert wird.

In der Begründung wird darauf verwiesen, daß in dem endgültigen Grundvermögenssteuergesetz als Besteuerungsgrundlage der vom Reich mit den Ländern für Reichs- und Landessteuern zu ermittelnde Einheitswert eingeführt werden soll. Da dieser Einheitswert frühestens am 1. April 1926 festzulegen wird, kann für die Uebergangszeit des Rechnungsjahres 1925 nur der vorläufige Grundvermögenssteuer zugrunde gelegte Wert als Besteuerungsgrundlage in Frage kommen. Eine Veränderung der Steuerfüße des § 2 des Gesetzes vom 25. Februar 1924 ist, wie es in der Begründung weiter heißt, nicht beabsichtigt, der Artikel 2 des genannten Gesetzes ist daher abzuändern, was durch den vorliegenden Entwurf geschehen soll.

Abg. Hecken (D.-natl.) bekämpft die Vorlage. Seine Fraktion sehe in der Reichsvermögenssteuer eine bessere Grundlage als in der preussischen Grundvermögenssteuer.

Abg. Koenig (Ztr.) spricht sich gegen den Regierungsentwurf aus und ist gleichfalls für Ausschußberatung. Die Grundvermögenssteuer müsse gerechter gestaltet werden.

Abg. Waentig (Soz.) erkennt die starke Belastung der Landwirtschaft wenigstens für die allerletzte Zeit an. Auch seine Freunde hielten das heutige Grundsteuergesetz in Preußen für schwer tragbar. Auch von sozialdemokratischer Seite wurde gefordert, daß das Arbeitsvermögen nicht eingerechnet würde, und daß ferner die Bemessungsgrundlage nach dem Ertrag oder nach dem Verkaufs- oder Pachtpreis nachgeprüft werde. Eine grundlegende Reform sei aber zurzeit nicht möglich. Das Interregnum brauche aber nicht auf ein Jahr festgelegt zu werden; es genüge der Termin des 30. Juni.

Abg. Geld (D.-Rp.): Die Grundsteuer war bei unserer Finanzlage eine Notwendigkeit. Die heutige Steuerwirtschaft ist unhaltbar.

Abg. Stoll (Komm.): Jeder Steuer, die abwälzbar ist, sagen wir schärfsten Kampf an.

Abg. Schmiljan (Dem.) bedauert, daß hier Klog eine Verlängerung, aber keine Revision der Grundvermögenssteuer in Frage steht.

Abg. Haase (Liegnitz, W. Ra.) erklärt, daß der von der Grundsteuer betroffene städtische Grundbesitz zum großen Teil aus dem Mittelstand und auch aus der Arbeiterschaft sich zusammensetze.

Der Entwurf wurde dem Hauptauschuß überwiesen. Der Zentrumsantrag, der in der Verordnung zur Abänderung des Kommunalabgabens- und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes den dort festgelegten Termin bis zum 1. April 1925 hinausgesetzt, wird dem Gemeindevorstand überwiesen.

Ein kommunistischer Antrag auf Ablehnung des Landtagspräsidenten Bartels wird gegen die Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch nächster Woche: Entgegennahme der Regierungserklärung oder, wenn es nicht dazu kommt, wird die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung gesetzt.

Ein kommunistischer Antrag, die Auflösung des Landtags als ersten Punkt der nächsten Sitzung zu verhandeln, verfällt gegen die Kommunisten, Deutschnationalen, die Wirtschaftliche Vereinigung und Nationalsozialisten der Ablehnung.

Schiedsgericht im Eisenbahnerkampf

Am Donnerstag begannen im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Siesler Einigungsverhandlungen zwischen der Hauptbahnenverwaltung der Reichsbahn und den Tariforganisationen der Eisenbahner. Diese Verhandlungen scheiterten, weil der Vertreter der Reichsbahn eine allgemeine Lohnserhöhung und Arbeitszeitverkürzung ablehnte.

Der Reichsarbeitsminister hat darauf von sich aus die Einsetzung eines Schiedsgerichts angeordnet, das Freitag vormittag unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Neues zusammentritt. Die Tariforganisationen der Eisenbahner haben sich verpflichtet, vor dem Zusammentritt des Schiedsgerichts von einer Erweiterung des Eisenbahnerstreiks abzusehen.

Damit haben die Eisenbahnerorganisationen eine außerparlamentarische Konzeption gemacht und unter ganz besonders schwierigen Umständen ein Maß von Verantwortlichkeitsgefühl gezeigt, das sich vorteilhaft abhebt von der verblendeten Haltung der Hauptverwaltung der Reichsbahn.

Die Reichsbahnenverwaltung, die mit ihren Direktionen in einzelnen Bezirken darin weichefert, die Bewegung als gänzlich bedeutend erscheinen zu lassen, dürfte nicht übersehen, daß die bisherige Beschränkung des Streiks den Gewerkschaften zu danken ist, die ihre Mitglieder auf die Verhandlungen vertrieben. Wenn die Gewerkschaftsführer zu ihren Mitgliedern mit leeren Händen zurück, dann könnte die Reichsbahnenverwaltung eine recht unangenehme Ueberraschung erleben, bei der ihr der bis jetzt zur Schau getragene Gleichmut in die Brüche gehen müßte. Den Leuten hätten freilich nicht die Herren in der Verwaltung, sondern die Arbeiter ja nicht in Gefahr sind, sondern die Allgemeinheit.

Die Streiklage ist angefaßt der zu erwartenden Verhandlungen unverändert gelassen.

Beispiellos billige Preise!

Beispiellos billige Preise!

Ausstellung in Putz und Konfektion



Bild Nr. 1
Kleiner flotter Hut
 aus Liseretgeflecht, mit breiter Seidenlage und Garnitur **4²⁵** Mk.

Bild Nr. 2
Fescher Trotteur
 Liseretgeflecht, mit Crêpe-Georgette-Rand und entzückender Fächer garnitur **5⁹⁵** Mk.

Bild Nr. 3
Liseret-Hut
 mit Crêpe-Marocain-Rand, kleidsame Form **6⁷⁵** Mk.

Bild Nr. 4
Eleganter Frauen-Hut
 Seidenkopf und Liseretrand, mit echtem Nymydi **7⁹⁵** Mk.

Bild Nr. 5
Liseret-Hut
 mit Marocain-Unterrand und Nadelgarnitur **8⁹⁵** Mk.

Bild Nr. 6
Aparter Straßen-Hut
 mit 4fach handgenähtem Liseretkopf und plissierter Rosettengarnitur **9⁷⁵** Mk.

Hemdbluse
 aus gestreift. Wasch-
 flanel **2⁷⁵** Mk.

Jumper
 aus Seidentrikot, in
 vielen Farben **4⁹⁰** Mk.

Kasak aus Wasch-
 musseln: in hellen
 u. dunkeln Must. **4⁹⁰** Mk.

Kostümrock
 aus Donegalstoff,
 Sportform **6²⁵** Mk.

Unterrock
 aus prima Seidentrikot,
 in vielen Farben **6⁹⁰** Mk.

Morgenrock
 aus buntem Baumwoll-
 Crêpe **7⁵⁰** Mk.

Kleid
 aus Seidentrikot, mit schöner Baukmalerei
 Mark **8.75**

Wollkleid
 in modernen Streifen
 Mark **10.50**

Backfischkleid
 aus reinwollenem Cheviot, mit langem Arm
 und reicher Stickerei
 Mark **13.50**

Kasakkleid
 aus Seidentrikot, ganz am Fell gearbeitet, mit
 fescher Handmalerei
 Mark **14.75**

Wollkleid
 aus Cheviot,
 mit reicher Goldstickerei
 Mark **22.00**



Complet aus naturlich. Kascha
 und Crêpe de Chineget.
 mit buntem Marocain-Kasakkleid
Kleid aus prima warmer Woll-
 rippe, auf schwarzseidenem
 Unterkleid u. reich Knopfzorn.
Complet aus schwarzem Sat-
 teler-Beverable, mit neuart.
 Federbesatz u. dazu passendem
 schwarzweissen Kasakkleid

Kleid
 aus Ottoman, im Directoirestil, in modernen
 Farben
 Mark **29.50**

Seidenkleid
 aus Crêpe de Chine, in Kasakform
 Mark **29.75**

Mantel
 aus prima Zwirn-Covercoat
 Mark **19.50**

Gummimantel
 aus Ia. Gummierung und bester Verarbeitung
 Mark **25.50**

Kostüm
 aus reinwoll. Cheviot, mit Tressengarn,
 auf Sergefutter, in marine u. schwarz
 Mark **29.50**

Entzückende Neuheiten in
Complets und Kleidern

Lange & Münzer

Breiter Weg 51/52

Gür die hungernden Sozialrentner.

Am Donnerstag mittag 12 Uhr wurde der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simon vor dem Reichstag vereidigt. Der Reichstagspräsident begrüßte ihn, während der Reichstag sich erhob, mit einer kurzen Ansprache. Dann trat der Reichsgerichtspräsident vor das Haus und leistete die vorgeschriebene Eidesformel. Er schloß daran einige kurze Dankesworte, daß er sein Amt mit der Unparteilichkeit des Richters ausüben werde. Das Haus nahm die Ansprache beifällig auf.

Am 2 Uhr nachmittags begann die geschäftliche Sitzung. Es gab eine lebhaft sozialpolitische Aussprache bei Gelegenheit der Zusatzsteigerung für Renten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Karsten griff die bürgerlichen Parteien, vor allem das Zentrum, heftig an, weil sie ihre ursprünglichen Beschlüsse gegenüber den Drohungen des Reichsfinanzministers mit einer Regierungskrise hätten fallen lassen. Dadurch würden die Invalidenrentner geschädigt.

Während man Geld für Kriegsschiffe habe, während man 715 Millionen Goldmark den Ruhrindustriellen gebe und gleichzeitig die Besitzsteuern abbaue, feilsche man mit den Invalidenrentnern um wenige Mark im Monat.

Der Zentrumsabgeordnete Esser versuchte den Standpunkt der bürgerlichen Parteien zu rechtfertigen. Interessant war eine Bemerkung des demokratischen Abgeordneten Ziegler, daß der deutschnationale Abgeordnete Budjahn im Ausschuß zugestanden habe, der ursprüngliche deutschnationale Antrag auf starke Erhöhung der Invalidenrenten sei nur eingebracht worden, weil sie damals nicht in der Regierung gewesen wären. Auch ein Zugeständnis des Kommunisten Kädel verdient festgehalten zu werden. Er gab zu, daß sie im Ausschuß nur für den sozialdemokratischen Antrag gestimmt hätten, weil sie die Kritik der sozialdemokratischen Presse schonten.

Der Gesetzentwurf über die Wahl des Reichspräsidenten wurde in dritter Lesung verabschiedet. Als der Deutschvölkische Stube noch einmal eine donnernde Rede gegen dieses Gesetz hielt, fragte ihn Dittmann, warum sie nicht Herrn Ludendorff als großen nationalen Mann aufstellten. Die Deutschvölkischen schwiegen vorlegen.

Ein in zweiter Lesung vorliegender Gesetzentwurf bringt eine Aufwertung der Versicherungsansprüche in der Angestelltenversicherung, allerdings nur für die oberen Klassen.

Die Sozialdemokratie bekämpfte durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Aufhäuser diese Regelung insofern, als sie eine allgemeine Aufwertung und eine Verdoppelung der Renten verlangte. Aufhäuser setzte den bürgerlichen Angestelltenfreunden kräftig zu. Er wies ihnen nach, daß dieselben Angestelltenführer, wie Thiel und Lambach, die im Hauptausschuß der Angestellten radikale Eingaben an das Parlament machen, als Abgeordnete diese selben Forderungen niederstimmen. Schon Posadowitz habe diese Art Sozialpolitik als große Scheuerei bezeichnet.

Zum Schluß unterstützte der Reichstag einen Antrag, der die Reichsregierung ersucht, bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Verrechnung der Befähigungskosten auf die Reparationssummen, die Freimachung beschlagnahmter Wohnungen, besonders auch Schulen und Krankenhäuser, durchzusehen.

Sitzungsbericht.

Reichstags-Sitzung vom Donnerstag. Vor Eintritt in die Tagesordnung fordert Abg. Koenen (Komm.) wiederum die sofortige Behandlung des Eisenbahnstreiks, der sich außerordentlich verhärtet habe (Widerspruch). Die Abgeordneten ständen vor der Gefahr, in Berlin sitzenbleiben zu müssen. (Lachen.)

Abg. Schumann (Soz.) stellt demgegenüber fest, daß gerade das Gegenteil richtig sei. (Lach. Hört, hört!) Es sei eine Versöhnung darüber zustande gekommen, die Differenzen einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das am Freitag beim Arbeitsministerium aufgenommen werde. (Beifall.)

Abg. Koch (Düsseld., dt.-natl.) erhebt ebenfalls Protest gegen die falschen Behauptungen Koenens.

Da Einspruch erhoben worden ist, ist der kommunistische Antrag damit erledigt.

Auf der Tagesordnung steht der Gesetzentwurf über die Volks-, Berufs- und Betriebszählung.

Wie im Juni stattfinden soll. Der Ausschuß hat beschlossen, die Handwerksbetriebe besonders festzustellen. Ferner wird die Regierung aufgefordert, eine Enquete vorzunehmen, durch die die Bildung von Konzern und Untereingemeinschaften in der deutschen Wirtschaft festgestellt wird.

Abg. Fleißner (Soz.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Der Ausschuß hat der Vorlage zugestimmt.

Abg. Jörissen (Wirtsch. Bg.) befürwortet einen Zusatzantrag, wonach sich die Zählung auch auf die wohnungswirtschaftlichen Verhältnisse erstrecken soll.

Ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums sagt zu, daß sobald wie möglich umfassende Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse vorgenommen werden sollen. Im Rahmen der allgemeinen Volkszählung würden aber diese besonderen Erhebungen dieses große Werk zu belasten, daß es vielleicht in Frage gestellt werden könnte.

Abg. Jörissen zieht seinen Antrag in der Erwartung, daß die besonderen Wohnungserhebungen alsbald stattfinden werden, zurück.

Die Vorlage wird in zweiter und sofort auch in dritter Lesung un verändert und mit den Entschlüssen des Ausschusses angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über Zusatzsteigerung für Renten

aus der Invalidenversicherung, die der Ausschuß für soziale Angelegenheiten unter Erhöhung der Vorschläge der Regierung angenommen hat. Berichterstatter Abg. Pfeiffer (D. Bp.) bemerkt in seinem Referat, daß der Ausschuß sich bemüht habe, die Renten annähernd wieder auf die Friedenshöhe zu bringen. Die Invalidenversicherung werde damit wieder einen Schritt vorwärts gebracht.

Staatssekretär Weiß: Die Invalidenversicherung hat nach der Explosion wieder nur ins Leben gerufen werden können, sie hat

schon wieder viele Millionen Goldmark an Renten leisten können und auch die Heilbehandlung wieder aufgenommen. Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt dazu, daß in den Etat 115 Millionen Mark für die Aufwertung der Renten eingestellt wurden. Der Reichszuschuß zur Invalidenversicherung hat außerdem wieder bedeutend erhöht werden können.

Reichsfinanzminister v. Schlieffen: Die Reichsregierung erkennt die Notlage der Invalidenrentner an, und ich habe daher der Neueinstellung der sehr erheblichen Summe von 115 Millionen Mark zum Zwecke der Aufwertung der Invalidenrenten unter den einmaligen Ausgaben des Etats für das Jahr 1925 trotz erheblicher finanzieller Bedenken zugestimmt. Die Finanzverwaltung hat aber sehr schwere Bedenken dagegen, daß nach dem sozialdemokratischen Antrag darüber noch erheblich hinausgegangen werden soll und nicht nur der Haushalt für 1925, sondern auch für die künftigen Jahre mit einer großen fortlaufenden Mehrausgabe belastet werden soll. Ich bitte deshalb das Haus dringen, sich in der Übernahme neuer Lasten auf den Haushalt möglichst Zurückhaltung aufzuerlegen und es bei den Beschlüssen des Haushaltsausschusses bewenden zu lassen.

Abg. Karsten (Soz.):

Wenn die Parteien, die im Wahlkampf den armen Rentnern alle möglichen Versprechungen gemacht hatten, heute zu diesen Versprechungen stehen würden, so dürften sie einer solchen lässlichen Vorlage nicht ihre Zustimmung geben. Ein deutschnationaler Flugblatt hat die Kriegsinvaliden und Rentner als Ehrenmitglieder des Staates bezeichnet. So waren ihre damaligen Worte und demgegenüber stehen ihre jetzigen Taten. In einem andern Flugblatt heißt es: Denkt daran, Rentner, mit welchen kümmerlichen Pfennigen ihr abgespeist werdet, weil das Geld dem Feinde gegeben wird. Das grenzt doch stark an Demagogie, denn jetzt stimmen sie mit ihrem Finanzminister überein, daß zuerst die Reparationsabgaben entrichtet werden müssen, und da könnte den Rentnern nichts gegeben werden. Jetzt verlangen sie ihre eignen Forderungen, das Volk soll in seiner Not gelassen werden, damit nur sie an die Futtertrippe kommen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Von den Deutschnationalen war nichts anderes zu erwarten, aber das Zentrum hat bisher doch anders gehandelt. Auch das Zentrum hat Flugblätter verbreitet, in denen den Sozialrentnern Versprechungen gemacht wurden. In einem heißt es, daß nicht durch Phrasen, sondern durch ernsthafte Arbeit den Rentnern geholfen werden müsse. In den letzten Wochen haben wir jedoch gesehen, daß auch das Zentrum nur Phrasen gebrauchte. Es hat im Ausschuß zuerst Anträge gestellt, sie aber zurückgezogen, nachdem die Regierung erklärt hatte, es werde eine Regierungskrise entstehen, wenn sie angenommen werden würden. Sie haben den Krach in der Regierung gefördert und verleugnet deshalb ihre eignen Anträge. Sie behaupten zwar, daß das, was jetzt geschaffen werden soll, nur ein Provisorium sein soll; diese Behauptung entspricht aber nicht ihrer Ueberzeugung, sondern nur der Furcht vor einer Regierungskrise.

Was wird den Rentnern gegeben? Eine

Erhöhung von ganzen 2 Mark im Monat,

hätt 14 Mark sollen sie 16 Mark erhalten. Daneben sind Steigerungssätze eingeführt worden, die ebenfalls ganz unzulänglich sind. Dieses Provisorium war das Versteckste, was gemacht konnte. Die Steigerungssätze müssen neu errechnet werden. Es handelt sich um insgesamt 2,2 Millionen Rentnerscheine. Jede Versicherungsanstalt muß rund 75 000 Scheine neu errechnen. Vor dem 1. Oktober werden die neuen Rentenätze nicht zur Ausgabe kommen. Der Vertreter einer Landesversicherungsanstalt behauptet, daß dazu 10 Monate gebraucht werden. Wir dürfen nicht zugeben, daß dieses Provisorium sich über Jahre hinauszieht, es muß sofort durch eine dauernde Regelung abgelöst werden. Die Sozialdemokratie wird sich jedenfalls nicht damit abfinden, sondern sofort von der Regierung aufs neue verlangen, daß die Not der Rentner gelindert wird. Dem Zentrum muß zum Vorwurf gemacht werden, daß es gegen bessere Ueberzeugung aus Koalitionsgründen diesem Verlegenheitsbeschluß zugestimmt hat, trotzdem wir alle wissen, daß Geld genug zur Verfügung steht. Wenn der Reichsfinanzminister erklärt, es sei dazu kein Geld da, so will das nichts besagen, wo 150 Millionen Mark für ein Kriegsschiff,

715 Millionen Mark für die Ruhrindustriellen

vorhanden sind. Woher kommen denn diese Gelder? Aus der Lohnsteuer, aus der Umsatzsteuer, aus der Verbrauchssteuer, die alle von der minderbemittelten Bevölkerung aufgebracht werden. Nur für die armen Notleidenden soll nach der Behauptung des Reichsfinanzministers kein Geld da sein. Im Ausschuß hat das Reichsfinanzministerium nichts davon gesagt, daß die Zentrumsanträge unmöglich seien. Erst bei einer vertraulichen Besprechung mit den Regierungsparteien ist man zu der Erkenntnis gekommen, daß kein Geld da sei. Das Zentrum als republikanische Partei müßte doch wissen, daß man mit einer solchen Sozialpolitik nicht zur Anhänglichkeit an den republikanischen Gedanken erzieht. Der Abgeordnete Andre (Ztr.) hat selbst im Ausschuß erklärt, daß die von seiner Partei zuerst eingebrachten Anträge das Nötwendigste für die Rentner enthielten. Nachher haben sie aber doch eingewilligt, daß die Renten wesentlich vermindert werden.

Unsre Anträge sind das mindeste, was den Rentnern gegeben werden muß. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn Sie diese ablehnen, so werden wir sofort neue Anträge stellen,

um die Notlage der Rentner zu lindern.

Wenn die Sozialrentner erfahren, daß sie nur 2 Mark mehr bekommen sollen, dann wird sich bei ihnen ein Sturm der Entrüstung erheben, und sie werden erkennen, daß hinter den Reichsparteien nichts anderes als Lug und Trug steht. Sie glauben, daß die Rentner das bis zur nächsten Wahl verzeihen haben werden. Darin dürften Sie sich aber diesmal täuschen. Wir Sozialdemokraten werden jedenfalls alles tun, damit die berechtigten Ansprüche der Sozialrentner erfüllt werden. Die alten Leute, die ihr Leben lang für andre gearbeitet haben, verdienen es nicht, daß sie jetzt mit 16 Mark abgefunden werden. Sie wollen keine Kürzungen, sondern sie verlangen eine auskömmliche Rente. Und wenn Sie diese Forderung als herabwürdigt anerkennen, so bleibt Ihnen keine andre Möglichkeit, als unsere Anträge zuzustimmen. (Lach. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Esser (Ztr.): Eine Erhöhung des Reichszuschusses um 2 Mark macht schon 3 1/2 Millionen Mark aus. Eine Entlösung ist die jetzige Lösung nicht. Das Zentrum werde an einer weiteren Verbesserung arbeiten.

Abg. Raedel (Komm.) verurteilt die Ungünstigkeit der Vorlage.

Abg. Ziegler (Dem.) gibt zu, daß die finanzielle Lage des Reiches außerordentlich schwierig sei, man soll aber doch mit dieser Behauptung nicht immer nur kommen, wenn es sich um die Sozialpolitik handle. Das Reich müsse endlich mehr für die Invalidenrentner tun.

Abg. Beier (Dresden, Wirtsch. Bg.) tritt den Ausschlußbeschlüssen bei.

Abg. Karsten (Soz.) verliest vor der Abstimmung folgende

Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion:

Die sozialdemokratische Fraktion stellt vor dem ganzen Lande fest, daß die Regierungsparteien aus Furcht vor einer Regierungskrise die erst von ihnen beschlossenen Rentenätze ermäßigt haben, obwohl sie dieselben als das Minimum an Rentnerrhöhung betrachtet haben. Die Regierung hat Geld für die Ruhrindustriellen, für neue Kriegsschiffe, für die Weiskreuzer erwirgen, aber für

hat nicht das Allernotwendigste übrig zur Vinderung der großen Not der Veteranen der Arbeit.

Nachdem die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt sind, die eine wesentliche Erhöhung der Renten bedeutet hätten, ist die Sozialdemokratie in der Zwangslage, den Anträgen der Regierungsparteien zu stimmen zu müssen. Die Notlage der unglücklichen Rentempfänger ist so groß, daß sie auch nicht einmal auf eine so lässliche Erhöhung verzichten können. Die Regierungsparteien tragen aber allein die Schuld daran, daß die völlig unzureichenden Renten keine wesentliche Verbesserung erfahren haben.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wird darauf die Vorlage in der Ausschußfassung endgültig angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die technischen

Vorbereitungen der Wahl des Reichspräsidenten.

Abg. v. Kardorff (D. Bp.) beantragt, die Bestimmung zu streichen, daß der Wähler seine Stimme auch für eine nicht vorgeschlagene Person abgeben dürfe.

Die Abgg. Dittmann (Soz.) und Brodau (Dem.) halten die Bestimmung für notwendig, damit man im Lande nicht behaupten könne, die Parteien wollten die Volksmeinung bergewaltigen. Der Antrag v. Kardorff wird abgelehnt und der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Es gelangt dann der Gesetzentwurf über Zusatzsteigerung der Renten in der Angestelltenversicherung

zur Verhandlung. Der Steigerungsbetrag beträgt in der Gehaltsklasse F 1 Mark, in G 2 Mark, in H 3 Mark und in I 4 Mark. Der Ausschuß fordert einen Gesetzentwurf, der neben einer Erhöhung der Versicherungsbeiträge in der Angestelltenversicherung auch eine Erhöhung der Leistung vorsieht.

Ministerialdirektor Gräter (Arbeitsministerium) sagt etwa für den April die Einbringung einer Vorlage über die Erhöhung der Versicherungsbeiträge zu.

Abg. Rauhäuser (Soz.):

Diese Vorlage des Ausschusses zeigt, wie wenig die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien für die Angestellten übrig haben. Die Vorlage kann an Dürftigkeit nicht überboten werden. Sie ist angesichts der vielen Versprechungen, die man gemacht hat, geradezu eine Verhöhnung der Angestellten. Nicht einmal die Erweiterung des Kreises der Versicherten und die Wiedereinführung des Heilverfahrens ist zugestanden worden. Die Erhöhung der Renten erstreckt sich nur auf die vier obersten Gehaltsklassen, die am schlechtesten besoldeten Angestellten bekommen keine Steigerung, d. h. zwei Drittel der männlichen Angestellten sind von dieser Vorlage ganz ausgeschlossen, und von den weiblichen Angestellten fallen nur 2 Prozent unter dieses Gesetz. Wenn der Regierungsvertreter eine neue Vorlage für den April ankündigt, so können die Angestellten nicht länger warten. Wir beantragen, daß die

Steigerung der Renten allen Angestellten,

nicht nur den gehobenen, zuteil wird. Man sieht hier wieder, daß es ein Fehler gewesen ist, daß die Angestellten für sich eine eigene Versicherung haben wollten, anstatt sich in die Invalidenversicherung einreihen zu lassen. Wir kommen Kasse aus dem Lande, daß die Höchstgrenze der Rente von 50 Mark zeitgemäß erhöht werden muß.

Wir verlangen eine Verdoppelung der Renten, und das könnte das Reich auch leisten ohne Erhöhung der Beiträge. Der soziale Gesichtspunkt wird immer mehr in den Hintergrund gedrängt, und man kommt uns nur mit versicherungstechnischen Berechnungen. Es ist eine Brutalität, daß von jährlich 120 Millionen Einnahme aus den Beiträgen nur 20 Millionen für die Renten verwendet werden dürfen. Die Angestelltenversicherung ist doch kein Bankgeschäft, das Kapitalien anzusammeln hat. Alle Anträge auf Beitragserhöhung lehnen wir ab. Ministerialdirektor Gräter hat ja im Ausschuß erklärt, daß die Wirtschaft es sehr begrüßt, daß die Reichsversicherungsauslastung für Kredite ausbleibe.

Die Angestellten verlangen, daß die Vermögensverwaltung der Reichsversicherungsanstalt nachgeprüft wird, dann wird sich sicherlich manche

Ersparnismöglichkeit in der Verwaltung

herausstellen. Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat am 28. Februar sich gegen die Beschlüsse des sozialpolitischen Ausschusses erklärt und verhindert die Fortschritte in der Sozialversicherung. Nach außen hin fordert man die Angestellten auf, Eingaben an den Reichstag zu richten, und dann stimmt die Mehrzahl dieses Reichstags die Eingaben nieder. Der frühere Staatssekretär des Innern Graf Posadowitz hat einmal gesagt, nichts sei so sehr Scheuerei wie eine solche Art von Sozialpolitik. Die Angestellten werden dieses Spiel bei den Wahlen durchschauen. Von den rechtsstehenden Parteien kann ich nichts anderes erwarten, aber die Haltung des Arbeitsministeriums, das über den sozialen Gedanken wachen soll, ist unverständlich und bedauerlich. Das Ministerium muß die soziale Hilfe als das Primäre voranstellen. Etwas weniger Mathematik, etwas mehr Sozialpolitik. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Torgler (Komm.) beantragt eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge auf 9000 Mark.

Abg. Schneider (Berlin, Dem.) fordert eine bessere Berücksichtigung der unteren Klassen.

Abg. Thiel (D. Bp.) erklärt zugleich für seine Fraktion, für die Deutschnationale und für die Wahrsche Volkspartei und für die Wirtschaftspartei, daß gegenwärtig nicht mehr zu erreichen sei.

Abg. Gerig (Ztr.) weist den Vorwurf der Scheuerei, der von der Linken erhoben wurde, zurück.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) hält die Sache für unzureichend. Der Vorlage wird zugestimmt.

Angenommen wird ein Antrag des Ausschusses für die besetzten Gebiete, die Reichsregierung zu ersuchen, bei der bevorstehenden Wiederaufnahme der Barriere Verhandlungen über die Anrechnung der Befähigungskosten auf die Annuität mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß eine feste Begrenzung der Befähigungssätze und damit auch eine Begrenzung der Befähigung von Wohnungen und öffentlichen Gebäuden, insbesondere von Schulen und Krankenhäusern erreicht wird.

Das Haus verläßt sich um 8 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr: Justizministerium.

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

PETERS-UNION Fahrrad-Reifen Höchste Qualität daher preiswert. Includes an illustration of a bicycle tire and a person's head.

Wachstuch

Decken mit kleinen Fehlern, 85/100	95 J
" prima Qualität, 70/115	1.60
" " 80/115	1.85
" " 100/115	2.25
Wachstuch-Reste mit Barchent-Rücken, 85 cm breit	Meter 1.70
Wachstuch-Tablettdecken	von 10 J an
Wachstuch-Leitungs-Schoner	von 40 J an
Wachstuch-Wandschoner	von 75 J an
Wachstuch-Spind-Borte	Mtr. von 18 J an

Linoleum

Teppiche 150/200	30.-	17.-	12.-
" 200/250	29.-		
" 200/300	60.-	35.-	24.-
Läufer	Meter von 2.95 an		
Läufer-Reste	bedeutend billiger.		
Linoleum zum Auslegen	Meter von 4.- an		
Teppich-Abschnitte durchgemustert	Meter 3.50		
Linol-Läufer 67 breit	Meter 1.95		
" " 100 "	2.40		

Gummiwaren

Schürzen rein Gummi, in schönen Mustern, für Knaben	von 1.25 an
" für Mädchen	von 1.20 an
Haushaltschürzen 4-	mit Latz 6.50
Zierschürzen	2.50 2.75 3.-
Gummi-Lätze	35, 50, 75, 1.25
"-Servietten	
Wachstuch-Schürzen	besonders billig
für Knaben	von 60 J an
für Mädchen	von 1.25 an
Wachstuch-Lätze	20 25 35 60 75
Frauen-Schürzen 4-	m. Latz 4.50 5.-
Schürzen-Schoner	von 75 J an

Vehab Hugo **Vehab Hugo** **Vehab Hugo**
 hannisbergstrasse 2 **Johannisbergstrasse 2** **Johannisbergstrasse 2**

3 enorm billige 3
Verkaufstage
 Sonnabend Montag Dienstag

Baumwollwaren

Barchent m., m	1.50 1.10 88 J
Barchent bun., m	1.25 95 85 J
Feinwollm., m	1.25 65 58 J
Zulotte . . . m	1.10 3.85 3.45
Züchen . . . m	1.75 1.15 95 J
Handtuchstoffe m	1.10 95 58 J
Handtücher, f. St.	1.55 1.15 1.05
Zeppir, f. Oberh., m	1.10 95 78 J
Schürzenzeuge m	1.35 1.51 25 95 J

Leib- und Bettwäsche - Wollwaren

Bettbezüge, komplett mit 2 Kissen	11.75 9.50 8.50 7.50
Bettlaken . . .	4.50 3.25 2.95
Damen-Zughemden	3.55 2.40 1.95 1.65 1.25
Damen-Nachthemden	7.45 6.50 4.50 3.95
Damen-Seinleider	3.35 2.35 1.95 1.35
Unterhosen	2.85 2.55 1.95 1.25
Kinder-Reformhemden	1.25 95 85 J
Einjas-Hemden	3.95 2.85
Schürzen	3.45 2.45 1.75
Kinder-Schürzen	2.15 1.45 1.15 95 J

Herren- und Damenstoffe

Herren-Stoffe, 140 cm br.	m 4.50 3.75 2.95
Cheviots, 180 cm breit	reine Wolle, m 4.50 3.75 3.20
Cheviots, ds. l. u. farb., m	1.75
Popeline, g. B., m	4.75 3.95 2.45
Kostfreifen, u. M.	5.40 3.95 2.40
Blusenstreifen, m	2.95 1.95 1.65
Schotten . . . m	1.55 1.45 85 J

Knaben-Schürzen 1.25 1.00 85 J
Herren-Socken 1.25 78 62 39 J
Damen-Strümpfe 1.25 95 75 J
Normalhemden 4.95 3.50 2.95
Normalsocken 3.45 2.95 2.45
M.-Barchenthemden 3.00 2.75 2.50
Barchent-Unterröcke 3.75 2.35 1.45
Hängjacken 4.50 4.25 3.75
Farbige Garnituren 4.90 4 20

Man seiner Nr. 2.96 **Berufsleidung** **Wäschtücher 5 & 25 J**

Malier-Kittel . . .	6.50 5.25
Fleischer-Jacken . . .	8.75 7.25
Arbeits-Blusen . . .	4.50 3.65

Herren-Konfektion **Servietten**

Herrenanzüge, a. gut. Stoff	23.00 23.00 23.00
Bl. Mäntel	20.00 24.00 18.50
Gummimäntel	24.00 19.00

Speisen (lang und Breites) u. v. d. d. d. d.

Kaufhaus des Nordens
 118 Breiter Weg 118

Isidor Gabbe
 fest Se. Hofstr. 23, Ecke Drankstr.
Sensationell billig!!

Im Dies zu ist offen für neue Eingänge und dennoch immer in großen Geldmengen wegen werden sämtliche von mir geführten Wa en außerordentlich billig verkauft.

Unter anderem empfehle:

Fabrikreste 15 cm breit m. 3.00
 Chenestoffe je Meter 3.50 u
 Fabrikreste, verschiedenartige

Kleiderstoffe Nr. 3, 2.50 u. 1.90
 130 bis 150 cm br. Kostüme, Mantel- und Herrenanzugstoffe etc. werden beispiellos billig abgegeben.

Federdicke Satete, Bettzeuge, Keinen, Hemdenstoffe etc. etc. zu erstaunlich billigen Preisen.

Kein Laden! Keine Geschäftsbesuche!
Nur Bahnhofstr. 23, 1 Tr.

Leder-Ausschnitt
 Croupons und Hälfen
 Gust. Hoffmeister, Prälatorstr. 21.

Konfirmanden - Anzüge
 zu enorm billigen Preisen
 in prima Qualität und guter Verarbeitung
 Nr. 43.00 39.00 35.00 29.00
 26.00 22.00 bis 21. 18.00

Teilzahlung ganz gefällig!
 Ware wird sofort verschifft!

Sieverling
 17 Jakobstraße 17
 1. Etage

Von Freitag den 13. März bis Sonnabend den 21. März

Fabelhaft billige Woche!

Bei einem Einkauf von 3.00 M. an ein Lustbad gratis!

Anzugstoffe prima Qualität	4.50 3.75 2.95
Mante stoffe große Auswahl	4.50 3.75
Popeline neuere Farben	4.50 3.25 2.70
Wollkrepp doppeltbreit viele Farben	1.95
Cheviot doppeltbreit	2.75 2.25 1.75
Schoten reuheiten	2.75 2.25 1.50
Blusenstreifen	1.95 1.50 75 J
Voile weiß, große Breite	1.95 1.50 1.20
Fräse einfarbig, doppeltbreit	1.20
Damen-Hemden Reifere	2.75 2.25 1.35
Prinzen-Und erröcke	4.50 3.75 2.85
Barchent-Unterröcke	2.95 2.50 1.55
Umschlagetücher	4.75 3.50 2.75
Manschester schwere Qualität	2.95
Windjacken	14.50 12.50 9.50
Arbeitswesten	3.50 2.95
Herren-Rosen für Weg und Arbeit	3.95

Bettbezüge mit 2 Kissen	10.50 8.75 7.50
Bettlaken ohne Nacht	4.50 3.75 2.95
Normalhemden mit doppelt. Brust	2.70
Normalhosen gute Qualität	2.50
Einsetzhemden schöne Einfäbe	2.95
Männer-Hemden Stoffe	1.95
Barch.-Männer-Hemden	3.25 2.90
Monteur-Blusen	4.50 3.75 3.25
Monteur-Blusen für Burthen	2.50
Arbeits-blusen gestreift	3.95
Fleischerblusen extra schwer	8.75
Friseurjacken extra schwer	6.25
Konditorjacken extra schwer	6.25
Malerkittel prima Stoff	5.90
Seizerkittel lang	6.75
Blaue Männer-Schürzen	1.50
Pilotshosen extra Qualität	5.00 4.80
Konfirmanden-Anzüge besonders billig.	1 Posten Manschester-Anzüge . . . 24.50

Kaufhaus Scheber
 Jakobstraße Nr. 8, Ecke Petersberg.

Bekanntmachung.
 Betrifft die Errichtung einer Zwangs-
 innung für das Mälergewerbe im Stad-
 teiche Burg und im Kreise der Höhe 1.
 Infolge meher Belangenung vom 10.
 v. 22. und 22. Erklärungen für die Errichtung
 und 5 9 9 9 9 die Errichtung einer Zwangs-
 Innung für die oben bezeichneten Gewerbe
 mir entgegen. Die Abstimmen sind in
 aufgestellt u. geschlossen und liegt in Gemäßheit
 des § 100 der Ausführungs-Vorschriften zur Ge-
 w. Ordnung vom 1. Mai 1901, näher d. Einzel-
 begeben zur Einsicht der Beteiligten und Er-
 hebung etwaiger Einsprüche in dem A. u. M. Nr. 8
 des Kaufhauses im Burg öffentlich aus-
 die Auslegung erfolgt am 26. d. M. Nach Ab-
 lauf dieser Frist eingeschrieben. Einsprüche müssen
 und. rüch. d. g.
 Burg, den 10. März 1925.
 Schmelz, Erster Bürgermeister.

Lachen links Jede Woche eine neue Nummer
 empfängt
Ruchhandlung Volksstimme

Sonderzug!
HARZ
 nach dem
am 15. März 1925

Hä- u. Rückfahrt: Wernigerode 3.40 M., Rosburg 2.70 M., Bad Harzburg 4.40 M.

Karten im Verkehrsverein, Breiter Weg 166
 Telefon Nr. 1.74, 5232.

Herrlichstes Winteraer in allen Harzgegenden. Schneehöhe ca. 30-40 cm

Ausverkauf im
 wegen schleuniger
Museinanderhebung!

Schuhhandelshof
 Magdeburg

Die gesamten
Warenbestände
 sind im Preise
erheblich
herabgesetzt!
 Die Ausstellung
 im Hause Nr.
 166,
was wir
bieten!

Kameli-Schwarz- Häret, für und Erberle 12 27 35 41	145	Dam.-Ledergaas- schuhe, unif. fert. m. l. em. verliert	295	Damen-Stiefel schwarzbraun, v. l. Emelb. 79-89	590
Kinder-Stiefel mit Hec . . .	145	Damenhalbs- schuhe, a. farbige. Seimen . . . 4.00 3.50	295	Ledergamaschen mit Lem. Füllung	650
Kinder-Stiefel, braun Chertan, mit Hec 24 bis 27	245	Dam.-Halbschuh, mit Hec, Schür, Seime. Pumps	390	Rindsch.-Herren- Stiefel, Zibianer Größe 44 bis 47	645
Red.-Gamaschen, einb. 31 bis 33, 34, 35, 36 bis 38, 39, 40, 41	750	Dam.-Halbschuh, schwarz, Seim, Pumps u. Spanne	440	Herr.-Kopfe. et. Schu. Stiefel, in's Form . . .	690
Büsch.-Schwarz- 31 bis 33, 34, 35, 36 bis 38, 39, 40, 41	355	Dam.-Lev. reau- Evang.-Schuh, in Form u. h. Nr. 1	495	Damen-Stiefel schwarz, flacher Seime. 8-10	790
Rindsch.-Schwarz- 31 bis 33, 34, 35, 36 bis 38, 39, 40, 41	355	Dam.-Halbschuh, schwarz u. pang. 32-34, 35, 36, 37	590	Herr.-Halbschuh braun und schwarz 30-34	790
Kinder-Schwarz- 31 bis 33, 34, 35, 36 bis 38, 39, 40, 41	640	Dam.-Kopfe. et. Schuh, in's Form 30-34, 35, 36, 37	890	Braun Herren- Stiefel, v. l. und Spis . . . 10.50	930

Schuhhandelshof, Breiter Weg 193/94
 Gegenüber der Steinstraße

Die Stadtbankdebatte im Stadtparlament.

Magdeburg, 12. März 1925.

Zu Beginn der Sitzung gedenkt der Stadtv.-Vorst. Baer in ehrenvollen Worten des im 88. Lebensjahre verstorbenen Ehrenbürgers der Stadt Werner Friese, der 13 Jahre Vorsitzender der Stadtv.-Vorstandes-Versammlung gewesen ist.

Die Anschuldigungen gegen die Stadtbank.

Zu der Öffentlichkeit sind gegen die Leitung der Stadtbank von der 'Magdeburger Zeitung' allerlei Anschuldigungen über nicht einwandfreie Führung der Geschäfte erhoben worden, zu denen wir die Erklärungen des Magistrats und des Sparkassen-Vorstandes unseren Lesern bereits bekanntgegeben haben.

Als der Kommunist Kahner dazuwischen ruft: 'Das hat doch Bredel', wird ihm vom Vorleser erwidert: 'Wenn man ernst genommen werden will, dann muß man erst Einblick haben in die ganze, sicherlich verwickelte Angelegenheit und die Beweise für die Behauptungen nachprüfen. Das ist ohne eingehende Prüfung unter Hinzuziehung von Sachverständigen nicht möglich.'

Oberbürgermeister Weims sagt verstoßene Unterredung der ganzen Angelegenheit zu und verliest die Erklärung des Magistrats, die wir bereits veröffentlicht haben. Bürgermeister Paul schließt sich im Namen des Vorstandes der Sparkasse an und betont, daß das komplizierte Material zum Teil noch gar nicht vorliegt, daß aber auf die Vermutung hin, daß Korruption in Frage komme, der Leiter der Stadtbank, Wendelsohn, erneut den Antrag gestellt habe, ihn zur Disposition zu stellen, und daß der Oberbürgermeister dem Antrag stattgegeben hat.

Stadtv. Zehle (Rechtspt.) eruchtet dem Untersuchungsausschuß recht viel greifbares Material zu unterbreiten, damit er den Dingen nachgehen kann. Eine Vereingemessenheit gegen die Stadtbank ist nicht berechtigt. Die Bank ist zu einem großen städtischen Institut geworden, und viele angelegene Geschäftsleute sind mit der Stadtbank zufrieden. Diese Einrichtung muß also der Stadt erhalten bleiben. Nachzuprüfen aber ist, inwiefern sich Persönlichkeiten der Bank nicht bemüht haben und infolge dessen entfernt werden müssen. Es muß risikolos bei Verfassungen von Personen vorgegangen werden, dabei aber darf das Unternehmen nicht zerfallen werden. Die Untersuchung muß geheim bleiben, trotzdem kann die Öffentlichkeit ausgiebig informiert werden. Notwendig ist noch, Sachmänner bei Ermittlungen zur Untersuchung heranzuziehen.

Stadtv. Plumborn (Soz.): Daß die Stadtbank notwendig ist, daß sie Gutes geleistet hat und daß ihr Wirken dem Wirtschaftsleben erhalten werden muß, darin stimmen wir mit dem Sprecher der Rechtsfraktion überein. Das schließt aber nicht aus, daß wir das Wirken der Personen in der Stadtbank aufs schärfste nachprüfen und rücksichtslos durchgreifen gegen die, deren Handlungsweise sich als nicht einwandfrei herausstellen sollte.

für die Sparkasse und damit für die Stadtbank nicht Oberbürgermeister Weims, sondern Bürgermeister Paul ist. Es sprechen noch Stadtv. Schüler (Dem.), Kahner (Komm.) und Mann (Völk.). Der Kommunist sowohl als auch der Völkische können natürlich nicht anders, als zu versuchen, auch in diese Sache Sozialdemokraten mit hineinzuziehen. Mit Unterstützung durch Zwischenrufe des Kommunisten Wippert bringt Kahner Korruptionsskizze und Sozialdemokratie miteinander in Verbindung, obwohl er ganz genau weiß, daß die Sozialdemokratie nicht das geringste mit irgendwelchen Korruptionsercheinungen zu tun hat, weder anderswo, noch in Magdeburg.

Der Pfeil geht daneben. In sensationeller Aufmachung richtet der Völkische Mann die Anfrage an den Magistrat: Kann der Magistrat Auskunft geben, ob Bestände der Stadtbank dem Sohn des Oberbürgermeisters Weims zur Errichtung eines Geschäftes ohne Sicherheit gestehen sind? Erst nach dem Klare des Grundstücks soll das Geld (20 000 Mark) sicherheitlich eingetragten sein.

Bürgermeister Paul beantwortet sofort die Anfrage: 'Wie es bei jedem andern Bürger geschieht, ist dem Sohn des Oberbürgermeisters als Geschäftsmann ein vorübergehender Kredit von 18 000 Mark gegen Sicherheitshypothek gegeben worden. Es handelt sich nicht um eine feste Hypothek. Die Kreditsumme ist zurückgezahlt worden, ehe noch die kurze Frist (3 Wochen) verstrichen war. Der Sohn des Oberbürgermeisters muß doch dieselben Rechte haben wie jeder andere Bürger.'

Oberbürgermeister Weims: Die Anfrage des Stadtv. Mann ist eine Anklage in verpackter Form. Im städtischen Bankbetrieb ist jeder mit Bezug auf mich erzählt worden: Der Oberbezog hat sich ein Haus gekauft und Sparkassengelder dazu verwendet. Um diese Gefolgschaft beneide ich Sie dahinten nicht. Der völkische Rechtspartei-Rede führt sich dadurch ge- troffen und rückt von der Anfrage des Völkischen Mann ab. Als er behauptet, er könne im Stadtparlament nur eine Rechtsfraktion, muß er sich von seinem Fraktionskollegen Stadtv. Zehle berichtigungen lassen, daß der völkische Stadtv. Mann nicht zur Rechtsfraktion gehört. Damit rückt auch die Rechtsfraktion von dem völkischen Stroh gegen den Oberbürgermeister ab. Nun wird es auch dem Anfrager heutzutage, er tritt den Rückzug an, indem er erklärt, er könne nur den Behauptungen über den Sohn des Oberbürgermeisters in der Öffentlichkeit entgegenzutreten und feststellen, daß die Gerüchte keineswegs den Tatsachen entsprechen.

Die Fraktionen einigten sich, daß der Untersuchungsausschuß für die Stadtbank nur aus Stadtv.-Vorordneten, und zwar aus sieben Mann, bestehen soll. Nach dem Verteilungsschlüssel für Ausschüsse stehen den Sozialdemokraten drei Vertreter, den Rechtsparteiern ebenfalls drei und den Demokraten einer zu. Es werden gewählt: Baer, Plumborn, Hammererschlag von den Sozialdemokraten, Kohberg von den Demokraten und Zehle, Hennige und Jzmer von der Rechtsfraktion. Die Kommunisten toben, daß sie nicht vertretlich sind; das ändert aber nichts daran, daß sie nach dem Verteilungsschlüssel in einem Siebenerausschuß eben nicht vertreten sein können. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde Stadtv.-Vorst. Baer bestimmt. Von den Entschuldigungen des Magistrats über die in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1924 von der Stadtv.-Vorordneten-Versammlung und von der Stellungnahme des Magistrats zu dem Beschluß über die Vereinfachung und Verbilligung der Straßengerichtung bei privaten Neubaurvorhaben nimmt die Versammlung Kenntnis.

Der Magistrat will bei der Neueinrichtung der Straßengerichtungs-Einheitskarte mit Wirkung vom 1. Februar an auf der Grundlage der Friedenssätze einen Aufschlag von 75 Prozent erheben. Stadtv. Müller (Rechtspt.) wendet sich gegen die Erhöhung.

Stadtv. Plumborn (Soz.) beantragt Rückverweisung an den Ausschuß. Es wird so beschloffen.

Verpackungen. Infolge Erweiterung der Flugplatzanlagen und des Baus einer neuen Flugzeughalle ist es erforderlich, mit der Luftreederei Magdeburg einen neuen Vertrag abzuschließen. Der Berichterstatter, Stadtv. Kuhnert (Soz.), empfiehlt Zustimmung zum Vertrag, die gegen die Stimmen der Kommunisten erfolgt.

Die Wartehalle am Petriförder soll an den Dampfschiffbesitzer Otto Kriechel bis 31. März 1930 verpachtet werden zur Abfertigung von Personendampfern, die nach dem Herrenring, Hohenmarthe und Neigripp fahren. Der Firma Julius Krümling wird das Anlegen von Dampfern an der Weißgerberstele, an den Anlegeplätzen oberhalb der Strombrücke und an der Rotehornspitze gestattet. Der Berichterstatter, Stadtv. Albert Winger (Soz.), teilt mit, daß am Herrenring und an der Salzquelle wieder Anlegeplätzen eingerichtet werden sollen. Die Versammlung stimmt der Verpachtung zu.

Die Weiterverpachtung der Magistratestraße Budan und die Unterverpachtung des Geländes am Kavallerie-Scharnhorst wird genehmigt.

Bewilligungen. Für die Erneuerung der Gleisanlage am Elektrizitätswerk werden nach dem Bericht des Stadtv. Wachtenburg (Soz.) 14 000 Mark aus Mitteln des Werksunterhaltungsfonds für 1924 bewilligt. 51 600 Mark werden gebraucht zur Verstärkung von Transformator und Kabeln des Elektrizitätswerks. Wir haben darüber bereits berichtet. Die Vorlage wird angenommen.

Die Beschaffung von drei chemischen Dampfkesseln im Stadttheater unter Bewilligung der Kosten von 900 Mark wird beschloffen. Auch der Anschaffung von Adressier- und Rechenmaschinen für die Steuerverwaltung wird gegen den Widerspruch eines rücksichtlosen Rechtspartei-ers zugestimmt. Einsetzung hauptamtlicher Schulärzte.

Frau Stadtv. Baber (Soz.): Die für den 1. April vorgesehene Einstellung von vier hauptamtlichen Schulärzten ist zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich. Der Schulausschuß hat eine Kommission zur Beratung der Umgestaltung der Schulärzte-Einrichtung ernannt, die die Angelegenheit so vorbereiten soll, daß die Anstellung hauptamtlicher Schulärzte zum 1. Oktober möglich wird. Der Magistrat wird den Stadtv.-Vorordneten dann eine neue Vorlage zugehen lassen.

kleinere Vorlagen. Ueber die Neuregelung des Straßenreinigungswesens soll ein Entschluß erlassen werden. Es stand schon in der vorigen Sitzung auf der Tagesordnung und war auf Antrag der Rechtsfraktion noch einmal an den Ausschuß verwiesen. Stadtv.-Vorordneter Bod (Rechtspt.) empfiehlt trotz mancher Bedenken die Annahme.

Stadtv. Tübe (Rechtspt.) befürchtet ganz unberechtigterweise, daß die Mieten durch die Straßenreinigungskosten erhöht werden, und lehnt die Vorlage ab.

Die Vorlage wird mit 24 gegen 15 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Kommunisten und die Mehrheit der Rechtsfraktion.

Die Beihilfe von 1000 Mark für eine vom Neuhygienischen Verein veranstaltete neuprödische Ferienwoche wird bewilligt. Die Aufhebung von zwei Ortsatzungen über Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden und ihrer hausgewerbetätigen Beschäftigten wird beschloffen. Die Vorlage über Befreiung der Sororie Cracau, Preßer, Salbe, Hermerleben, Westorfshausen und Lemsdorf vom Schachthofzwang bei Gauschlagungen wird nach längerer Aussprache vom Magistrat zurückgezogen. (Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Spröde und rote Haut

Ausputzen der Hände und des Gesichts, Mundrein und unreiner Teint befeuchtet Leokrem. Dieses bewährte Hausmittel erhalten Sie überall, wo Sie die bekannte Chlorodont-Zahnpaste kaufen.

Die Steinfeldbauern.

Drama von Valentin Traudt

(8. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Langsam tauchte die Leuchtwand mit allen ihren Farben und Schattierungen aus dem reinen Dunkel hervor. Da gingen auch die ersten Fenster und Türen im Dorfe auf, die ersten Trite wurden vernehmbar. Ueber eine Weile läutete das Glöcklein. Es klang wie Jubel der Kraft, die in Armut wuchs, in der Armut der Güten, aber im Reichtum von Sonne und Sturm.

Man trug ein Kind zur Taufe an ihnen vorüber. Leonhard. Marie? So ein Bub! Gajt 'n Gesehe? — Vom Born der Kleinheit er. Alle Jahr eins, alle Jahr! Sie feugte. Der Bauer sah sich nicht um. Leonhard! hm.

So müßt' mit eins kriege, Leonhard! Der Hof verträgt's wohl: aber — Sie schluchzte. In ihrer Familie war das doch eigentlich nie gewesen, daß man keine Kinder kriegen kann. Da, auf dem Steinfeld kamen sie in der Regel zu früh. Die Kathrin! Die bunnen Gedanken kamen wieder. Als sie in der sonndurchputzten Stube waren, jagte sie: 'Ich glaub, 's is Zeit, daß die Kathrin geht! Das arm Dier kann niks groß mehr schaffe.'

Daß sie von der Arbeit kommt, is schon recht: vom Steinfeld aber kommt se net. Wer soll se ernähren? Du? — Du? Du weißt wohl, was mer im Dorfe spricht? He? Du selbst bist Zweifel und Kummt gehabt. Nu soll unser lieber Freund Quellmojer den Felshofer kenneleer. Ein entschlossener Zug sprach aus der Redenden Mlene. Mit emem Bucker um den Mund wagte sie ihm zu widerprechen. Laß das, Leonhard! Was schert Dich der Quellmojer. Weißt? Er schrie es in einem Tone, der Schmerz, Verbauern und Tot miltete. Wo soll se aber bleibe?

So wisch sie ihm aus. Das is schon fertig. Der Maurerwille hat vor dem Dorfe das Heine Haus. Wo die Italiener wohne solle? Ja. Leonhard, ob's gut is, die Fremde ins Dorfe zu jese? — Ich glaub's net.

Davon is jekt kei Red net. Warum willst tu grad Du für die Magd forje? Ein eigenmächtiger Klang kette in den Worten. Daß die Steinfelder Flug werde. Es soll keiner jage: jekt, jekt schaffst er se wof. Nu mit hom Wald wolle auch zusammenjeh. In den Quellmojer soll's Gewisse schlege, warm er eins hat. In die Kathrin un der Knack un sein Geschwiner siebe allei in der Welt, un hie kann er ihr beisehe. Ich hab an alles gedacht. Mehr wie nötig. Sie konnte sich nicht von dem bösen Hintergedanken trennen. Er gab keine Antwort. Wenn ich mer das mit der Kathrin bedenk, es is kein Verlaß auf das Mannsbrot.

Auch das schien er nicht zu hören. Er nahm die Pfeife von der Wand, stopfte sie in aller Ruhe und jekte sie, fürzöglich in Brand, indem er dabei an das Fenster trat, wo die Blumen in vollem Flor standen, die roten Geranien und die Porzellanblümchen und der feingingerige Rosmarin. Unterdessen zog sie die schwarze Taile aus und zwang die volle Brust in die Wirtschaftsjade. Ich hab dabei niks zu jage, Leonhard. Das kannst schon noch, wann das Kind ei halb Jahr alt is. In ihr ähnlich sieht. Er tappete hinaus und ließ sie stehen. Die Kindtaufgäste kamen mit der Kleinin ihrem Sub wieder vorüber. Er blüete ihnen lange nach. Dann ging er in den kleinen Garten hinter dem Haus und sah nach den Wienen. Wie die fleißig waren in dem heißen Mittag, wie die schafften für den Winter, der noch so fern war. Indem er nach den Bäumchen ging, die er kurz nach seiner Hochzeit gepflanzt hatte, nickte er der Magd, die am Küchenfenster stand, freundlich zu.

Die jungen Stämme hatten sich gut gemacht. Sieh da, die ersten Nessel und Birnen. Heberall wuchs Kenek. Das Leben ist nicht tot zu kriegen. Er jählte die kleinen grünen Dinger mit Behagen. Eigner Arbeit Lohn. Ein heller Schein hatte in der Nacht vor der Leuchtwand gelegen. Der Nachtmächter hatte ihn gesehen, sich aber nichts dabei gedacht. Der Felshofer stand mit dem Maurerwille und den Zimmerleuten aus dem Wald vor einem rauchenden Trümmerhaufen.

Die Steinfelder. Gesehen waren die Zimmerleute mit dem Aufstellen der Parade für die fremden Arbeiter fertig geworden, hatten auch das Dach schon verjacht und mit Leerpappe belegt. Alles war dahin. Sogar die Zimmerjpane und das Leerjag hatten sie mit verbrannt.

Kein Mensch hatte an so etwas gedacht. Was sollte man nun beginnen? Zeit war verloren, Geld war verloren. Raffis bauen und, wenn der Dachstuhl aufgeschlagen wurde, Nachtwache stellen. Vorläufig mußte es so liegenbleiben, bis Anzeige erstattet und der Schaden von der Behörde bejichtigt war. In ohnmächtiger Wut jarritten die beiden Unternehmer dem Dorfe zu. Ein dumpfes Brüllen hatte sich ihrer bemächtigt. Wie war die Bande zu fassen? Wie konnten sie sich in Zukunft schützen? Wie sollte man im Dorfe jekt aufreten?

Sie traten bei dem Bürgermeister ein. Wo, was bringt 'r? Unser Neubau ist durch Brandstiftung — Brandstiftung? Ja, Bürgermeister, durch Brandstiftung ruiniert. Woher wißt Ihr das? Kann das kei Zufall, kei Unglück se? Ei Zimmerer hat geraucht, oder Funke vom Leerjag? Ach, nei, die Herl habe jagar die Spän hübsch zusammen gelejst und bei den Eckwalke aufgeschafft un mit dem Leerjag, mer sieht's noch ganz genau, die Schwell bejträge. Der Gendarm muß erauf.

Das muß ich erjt selbst gude. Das is Zeitberjchwendung. Wann Ihr net sofort in die Kreisjacht jchick, geht einer von uns. Wen habt 'r im Verdacht? 's ganze Steinfeld. Felshofer, wie könnt Ihr das jage! Ihr habt auch geschürt! Da soll Euch der Dömel hole! Die beiden sahen sich verständnisvoll an. Was jarrt Ihr Euch so an? Gajt Ihr was Gytack bemerkt? — Ich mein, so ei Spur oder so was, was mer brauche kann? Das werd mer jehde, nei, Felshofer? Mer lasse uns auch net in die Karte gude. Außerdem is 's noch net ausgemacht, daß's Steinfelder gewese sei. Die im Wald habe Gassard auf uns all hier ob. Das wird sich zeige, Bürgermeister! Die Hauptjache is, daß jekt schnell Anzeige gemacht wird. Habt 'r denn Guern Anrecht, Felshofer, als Wad bössi, he? 's könnt doch manches verjichtigt werde, nei? Der Bürgermeister war ihnen also doch über. An eine Wache hatten sie alle beide nicht gedacht. Nun sahen sie sich groß und vorwurfsvoll an.

Das ist da groß zu bewische, Bürgermeister? Verlohlte Falke un Aß un e paar Reife vom Leerjag. Ich müßt's ja wisse, Ihr wart ja dort. (Stört folgt.)

Die kommunistischen Agitationsanträge.

Die Kommunisten haben vier Anträge eingereicht, die eine Erweiterung und Verschärfung der Wohnungszwangswirtschaft verlangen.

Stadtv. Becker (Soz.): Die Sozialdemokraten bringen dem Mieterklub das größte Interesse entgegen. Tscheliche Anträge haben wir schon vor 2 Jahren gestellt, aber die Reichs- und Landesgesetze über den Mieterschutz sind verschlechtert worden.

Stadtv. Lene (Rechtsp.): Die Wohnungsnot kann nur durch Wohnungsneubau behoben werden. Die kommunistischen Anträge können aber die Mittel dazu auch nicht beschaffen.

Nachdem noch einmal die Stadtv. Dube (Rechtsp.) und Becker (Soz.) zu der Sache gesprochen haben, erfolgt die Ueberweisung der Anträge an den Kleinwohnungsausschuss.

Ein anderer Antrag der Kommunisten verlangt Schulentlassungs- und Schuleinführungsbeihilfen für Kinderbewerber.

Stadtv. Küstermann (Rechtsp.) meint, daß die Kirchen- und Wohlfahrtsämter in reichem Maß in solchen Fällen schon geholfen haben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

Stadtv. Köber (Soz.): Die Art, wie die kommunistische Fraktion ihren Antrag begründet, zeigt deutlich, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, den Bedürftigen zu helfen, sondern nur Agitation zu betreiben.

stallfinden soll. Die Vorstandswahl ergab als Vorsitzenden Richard Freitag (Turner), Kassierer Walter Sandring (Radfahrer) und Schriftführer D. Schulte (Sänger). — Wichtige Versammlung. Am Sonntag den 14. März, abends 8 Uhr, findet bei Wölch eine gemeinsame Versammlung sämtlicher Arbeitervereine statt. Das Reichsbanner ist ebenfalls eingeladen. In dieser Versammlung soll festgelegt werden, wann das Volksfest veranstaltet werden soll. Jeder Sportgenosse und Reichsbannermann hat die Pflicht, zum Gelingen des Festes beizutragen. — Der Zentralverband der Arbeiter invaliden und Witwen hielt eine Versammlung ab, in der Kreisleiter Gemeindevorsteher Jacobs (Langenweddingen) einen Vortrag über Zweck und Ziel des Verbandes hielt. Er schilderte die traurige Lage der Invaliden und Witwen und verlangte tatkräftige Hilfe für die Leidenden. Nach der Aussprache wurde vom Redner in verschiedenen Fällen Auskunft erteilt. Die Vorstandswahl ergab als Vorsitzende Frau Sophie Weierling. Es wurde beschlossen, an den Gemeindevorsteher heranzutreten, daß der Verband im örtlichen Wohlfahrtsausschuss Vertretung findet. —

Kutschburg. Der Werksabend für die Arbeiterwohlfahrt hätte besser besucht sein können. Trotz des schlechten Wetters waren Genossen von Wolmirsteden erschienen. Ein Vortrag der Genossin Wolimara, Musik, Kinderreigen und Gedichtvorträge füllten das Programm aus. Im Mittwoch findet die nächste Frauenversammlung statt, der zu der interessierte Frauen freundschaft eingeladen sind. —

Kreis Wolmirstedt-Neuzalldenleben.

Schmerleben. Aufbau. Die einst blühende Arbeiterbewegung in unserem Orte hat durch Radikalismus sehr gelitten. Diesen Zustand machten sich natürlich die Gegner von rechts zunutze, indem Vaterländische Vereine, Stahlhelm und dergleichen gut gedeihen. Verwunderlich ist dieses nicht, liegt doch das berühmte Gemüddorf ganz in der Nähe, wo von betrunkenen Stahlhelmen unter der Führung eines Gutsherrn die Ortschaften unserer Partei vor bald einem Jahre verbrannt wurde. Für diese Felde hat sich aber bis jetzt noch kein Staatsanwalt gefunden. Trotzdem ist aber die Arbeiterbewegung nicht tot, Partei, Gewerkschaft und auch das Reichsbanner bestehen. Nun wird von gegnerischer Seite das alte Mittel des Terrors und der Verhöhnung gegen die beiden Schwestern angewendet. Beide verweigern der Partei und auch dem Reichsbanner ihre Lokale. Dies, wie es scheint, sogar unter der Duldung des Arbeiter-Gesangsvereins, dessen Mitglieder bis jetzt leider bis auf einige Genossen den Weg zur Partei und zum Reichsbanner noch nicht gefunden haben. Dafür aber denselben Weg, der keine Versammlung duldet, am Sonntag den 14. März durch ein Vergnügen in seinem Lokal unterläßt. Wir hoffen, daß sie sich bald solidarisch erklären mit der übrigen Arbeiterschaft. Sie sind alle gewerkschaftlich organisiert und arbeiten meistens in Großbetrieben Magdeburgs, haben also keine Mehrreglung wildgenordneter Stahlhelmbauern zu befürchten. Am Sonntag den 15. März, nachmittags 4 Uhr, findet für die Arbeiterpartei von Schmerleben eine öffentliche Versammlung im benachbarten Eichenbarleben bei Franz statt. Jeder ehrliche Arbeiter und Republikaner hat daran teilzunehmen. Zeigt den paar Reaktionären, daß ihr nicht gemißt seid, auch wieder wie vor dem Krieg ihrem Willen zu folgen, sondern daß ihr euch als Aufrechte sozialistisch und republikanisch betätigen wollt. Als Referent erscheint der Genosse Michelski (Magdeburg). Diese Versammlung darf keiner versäumen. —

Wolmirstedt. Verlegung des heutigen Vortrags. Der für heute (Freitag) vom Gewerkschaftsamt geplante Vortrag über Versicherungsweisen fällt wegen Erkrankung des Referenten aus. Ein neues Datum wird rechtzeitig bekanntgegeben. —

Wolmirstedt. Verlegung des heutigen Vortrags. Der für heute (Freitag) vom Gewerkschaftsamt geplante Vortrag über Versicherungsweisen fällt wegen Erkrankung des Referenten aus. Ein neues Datum wird rechtzeitig bekanntgegeben. —

Aus dem Stadtparlament Neuzalldenleben.

Der Erledigung der Tagesordnung widmete der Stadtparlament-Vorsteher dem verstorbenen Reichspräsidenten Ehrerbietende Worte der Anerkennung. Diese Worte wurden von der Versammlung und von den anwesenden Zuhörern, mit Ausnahme dreier rüpelhafter Kommunisten, welche sitzengelassen waren, lebend angehört.

Die Erneuerung des Bürgersteigs vom Markt 11 bis zur Ecke der Klein- und Langen Straße, von der Wülfringer bis zur Hagenstraße mit Mosaispflaster wurde beschlossen. Ingesamt wurden 6100 Mark bewilligt. Herr Vädermeister sprach mündlich, daß Asphaltpflaster gelegt würde. Es wurde dies vom Baurat mit der Begründung abgelehnt, daß die Bürgersteige infolge der darunterliegenden Leitungen mehrfach aufgerissen werden müßten. Dann wurde die Neupflasterung des Bürgersteigs der Langen Straße, und zwar von der Wülfringer bis zur Hagenstraße, beschlossen. Für die Pflasterung soll Granitsteinpflaster erster Sorte verwendet werden; hierfür wurden 15000 Mark bewilligt. Ueber den Bebauungsplan erklärte der Stadtbaurat, daß ein Teil der Pläne in diesen Tagen fertig würde, der ganze Plan aber bestimmt in 14 Tagen in großer Zügen unrischen vorgelegt werden kann. Für das Elektrizitätswerk ist die Aufnahme einer Anleihe von 150000 Mark beschlossen worden. Es besteht nunmehr die Möglichkeit, von der Girozentrale weitere 100000 Mark zu bekommen. Dieses Geld wird zu 7 Prozent Zinsen bei 97 Prozent Auszahlung auf 5 Jahre fest ausgeliehen. Nach Ablauf der 5 Jahre gelten vierstufliche Rückzahlung und 2 Prozent Rückzahlung. Genosse Preuß sprach sich für die Aufnahme dieser weiteren 100000 Mark aus, da wir dringend auch für Siedlungszwecke Gelder flüssig machen müssen. Bürgermeister Bone gab hierauf die Auskunft, daß für Siedlungsarbeiten versucht werde, außerdem eine Summe von 150000 Mark durch Anleihe zu bekommen. Es wurde dann einstimmig die Aufnahme der weiteren 100000 Mark als Anleihe beschlossen.

Eine Eingabe von Winkel auf Aufwertung der Spareinlage verlangt, daß die von der Kreis- und Stadtparität der Stadt zu fallenden 10 Prozent vom Ueberschuß, von dieser nicht in der Einnahmetabelle gestellt werden, sondern auf 10 Jahre fest angesetzt werden sollen, um dann den Sparern eine Aufwertung ihrer früheren Spareinlagen gewähren zu können. Da über die Aufwertungsfrage zuerst noch keine feste Klarheit besteht, wurde dies Schreiben zur Kenntnis genommen und soll zur gegebenen Zeit darauf zurückgegriffen werden. Der Schlußtermin werden 50 Mark für Brämierungszwecke bewilligt.

Nunmehr gelangten zwei Anfragen unserer Fraktion an den Magistrat zur Verlesung. Das erste Schreiben behandelte die Entziehung der zu Ehren des verstorbenen Reichspräsidenten Ehrerbietend ausgehängten Fahne in der Landwirtschaftlichen Winterschule am 2. März durch den Direktor Herzberg, das zweite behandelte die Schändung der Reichsflagge durch Verletzung der Fahnen und ihre teilweise Entwendung in der Nacht vom 3. zum 4. März an der Höfem Schützschule. Zur Begründung führte Genosse (Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Neue Schuhpflege!

Wenn Sie auf elegantes Aussehen Ihrer Schuhe Wert legen, so dürfen Sie nicht unnötigenfalls farbiger, hartger, unangenehm riechender Schuhcreme aufragen. Nach kurzer Zeit ist das empfindliche Leder unansehnlich, wird brüchig und hart. Benutzen Sie deshalb die bloße überfettete wasserabweisende Schuhcreme Tubaran. Gibt schon in kleinen Mengen einen samtweichen Glanz, verharzt nie und ist im Gebrauch in der Tube für Haushalt und Reise höchst sauber, bequem und praktisch. Alles unansehnliche Leder bekommt neues Aussehen. Für jedes Schuhwerk unentbehrlich. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Nachrichten aus der Provinz.

Kreis Wanzleben.

Klein-Ditterleben. Funktionärsführung Sonnabend abend 8 Uhr bei Schütz. Wohlfahrtsverein. —

Osternweddingen. Volksfest. Am Freitag den 6. März fand bei Wölch eine Sportfestführung statt, in welcher eingehend über das Volksfest gesprochen wurde, das im Sommer

Das Wohnautomobil in Magdeburg!

Wir stellen das von uns erworbene Romag-Wohnautomobil, die Welt-Reisevilla des Herrn Dr. Unblutig, am 15., 16. und 17. März zur Migama vor der Halle Land und Stadt aus und laden hiermit alle „Kufiroler“ (Kufiroler heißt richtige, also Kufirol-Fußpflege betreiben) zur Besichtigung dieses sehenswerten und einzig dastehenden Wagens, der ein Meisterwerk deutscher Technik und Wiederarbeitsarbeit ist, ein.

Millionen Kufiroler.

Das Wohnautomobil soll weitere Aufklärungsarbeit leisten und auf die Wichtigkeit der früher arg vernachlässigten Fußpflege und die Bedeutung unserer Präparate hinweisen.

In dem Wohnautomobil befinden sich u. a.: Ein Salon, eine Küche, ein Chauffeur-Schlafraum mit Bad, ein richtiggehendes Wasserloset, eine Hundehütte und andere Sehenswürdigkeiten.

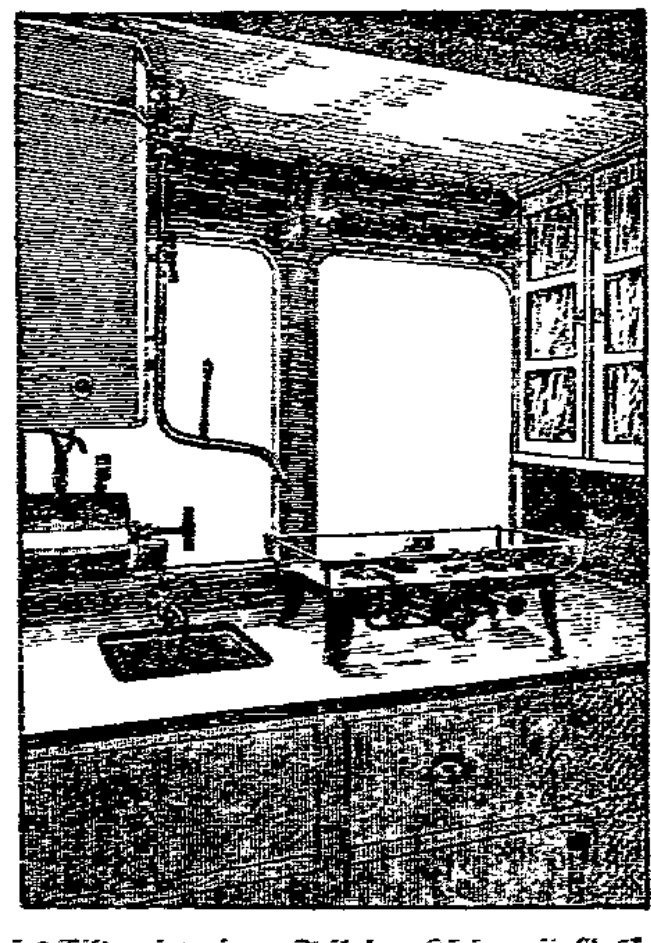
Die Besichtigung des Wagens-Innenen ist gegen Anshändigung einer leeren Kufirol-Kur-Packung für 2 Personen gestattet. Diese Kurpackung enthält:

- 1 Packung Kufirol-Fußbad,
1 Blechdose Kufirol-Streupuder,
1 Packung Kufirol-Hühneraugen-Pflaster.

Sie erhalten diese drei zu einer Kufirol-Fußpflege-Kur gehörenden Präparate für nur 2 Mark in jeder Apotheke und Fußpflege.

Kufiroler Sie

und veräumen Sie nicht die günstige Gelegenheit, sich das Wohnautomobil anzusehen. Dieses erregte schon auf der Berliner Automobil-Ausstellung ungeheures Aufsehen und wurde auf der Ausstellung auch vom früheren Kronprinzen mit Gemahlin,



Dieses Bild zeigt einen Teil der Küche mit Gaslocher, Wasserleitung, Abwasserkanal und Küchenschrankchen. Mehrere große Schränke garantieren die Aufnahme eines für 12 Personen ausreichenden Bedarfs.

vom Prinzen Heinrich und von zahlreichen anderen Herrschaften besichtigt und bewundert.

Herr Dr. Unblutig bereift mit seiner Welt-Reisevilla zunächst ganz Deutschland und im Anschluß daran Holland, Italien, die Schweiz, Desterreich, die Tschechoslowakei, Polen, Schweden und viele andere Länder.

Bressestimmen

über das Wohnautomobil bekannt.

Die „B. Z. am Mittag“ schrieb: „... Interesse herrichte auch für den Wohnwagen; den schönen Romag mit Wohn- und Schlafzimmer, Küche und Hundehütte, ja selbst einem Wasserloset, erstand sich in letzter Minute Kufirols Chef für Dr. Unblutig. Dieser gab den „Haus Schlüssel“ sofort Frau Schwanerich, so daß die letzten Besucher nicht mehr in das Innere dieses Wagens vordringen konnten. So kam auch der Humor bei dem ernstern Geschäft zu seinem Rechte.“

Das „8-Uhr-Abendblatt“ Berlin berichtete:

„... In der neuen Lastwagenhalle hatte Romag den Besucherrekord mit seinem „Wohnautomobil“. Unaufhörlich pilgerten da die Besucher auf der einen Seite hinein und auf der anderen Seite hinaus, sahen sich drinnen um und schmunzelten. Neben mir stand Frau Raffe. Sie sah nicht, daß die Leute alle am Wagenende einstiegen. Starre mit ungläubigen Blicken auf die Menschenmassen, die immer und immer wieder zur Vordertür heraustraten, und sprach zu ihrem Manne also: „Emil, ich hab' gezählt... schon 120 Leute sind aus dem Wagen heraustrat gekommen. Wo die bloß alle gesteckt haben mögen!“

Kufirol-Fabrik Kurt Kriss, Groß-Salze bei Magdeburg. Größte Fußpflege-Spezial-Fabrik der Welt. Silberne Medaillen Bukarest (Rumanien) und Rotterdam (Holland).

regner aus, daß das Verhalten der in den Mauern der Stadt Neuhaßleben als Gäste weilenden landwirtschaftlichen Winter- schüler unter aller Würde sei. Diese Müpel haben sich erlaubt, gegen die Farben der Republik unflätige Redensarten zu führen, und der Leiter der Landwirtschaftlichen Winterschule hat sich dem Mistral dieser Schüler gebeugt, was ein Beweis dafür sein dürfte, daß die Autorität dieses Herrn nur sehr gering ist. Es dürfte ratsam sein, wenn die Landwirtschaftskammer dem Oekonomierat Herzberg recht bald den Zylinder verpassen würde.

Es wurde weiter von Wiegner ausgeführt, daß nicht etwa diese Jungen aus sich heraus und allein die Uebelthäter sind, sondern daß ihre Taten nur eine Frucht der fortwährenden Ver- setzungen durch den Stahlhelm, Jungbo, Bervolf und andre der- artige Organisationen sind, die mit den schlimmsten und un- würdigsten Mitteln gegen die Farben der Republik zu Felde ziehen.

Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Haltung der deutschen Justiz bei derartigen Fragen von dem Genossen Wiegner gestreift, wogegen der Staatsanwaltschaftsvorsteher, Amtsgerichtsrat Sorgen- frey, formellen Protest erhob. Die Täter, welche die Fahnen der höheren Mädchenschule zerrissen haben, sind noch nicht ermittelt worden, aber es dürfte kein Zweifel bestehen, daß diese in den- selben Kreisen zu finden sind, die solchen wegen ihres Verhaltens geschädigt wurden. Bei dieser Gelegenheit entschloß sich der Stadt- vorordneten Herzmann die Neuherung: „Warum sind denn unsere Fahnen feinerzeit verbrannt?“ Es hatte den Anschein, als wenn er damit die Tat der Dummel decken wollte.

Der Magistrat beantwortete die Anfragen durch den ersten Bürgermeister Bohle dahingehend, daß der Oekonomierat Herz- berg sofort schriftlich geladen sei und daß der Erste Bürgermeister beantragt habe, daß die Fahne der Winterschule schnellstens wieder ausgehängt werde. In dieser Angelegenheit sei der Erste Bürger- meister ebenfalls bei der Landwirtschaftskammer in Halle vorstellig geworden. Was die Zerstörung der Fahne der höheren Mädchenschule anbelangt, so wären die Täter bis jetzt noch nicht ermittelt, würden sie aber ermittelt werden, so werden sie einer gerechten Bestrafung zugeführt werden. Das ganze Verhalten dieser Schüler zeige aber, welche Gefühlsverwirrung bei ihnen bestände und es dürfte keiner im Saal anwesend sein, der dieses verteidigen würde. Der Demokrat Arnold führte aus, daß das beschämendste an der ganzen Angelegenheit sei, daß die auf halbe acht gefaltete Fahne zerrissen und beschmutzt wurde. Wenn aber die in Frage kommen- den Personen glaubten, mit diesem Dreieck den verstorbenen Reichs- präsidenten zu beweihe, so stelle er fest, daß diese dem Ver- storbenen noch nicht einmal an die Füßchen reichen und daß seine Amtsführung wie sein ganzes Leben unbesetzt seien. Auch der Demokrat Dr. Horn bedauert die Vorkommnisse. Auch er ist der Meinung, daß nicht nur die jugendlichen Schüler allein Schuld daran tragen, sondern daß die hinter diesen stehenden Erwachsenen die Verantwortlichen sind.

Von den übrigen Mitgliedern der bürgerlichen Fraktion wurde zunächst nicht von den Tätern abgesehen, erst nachdem der Genosse Uffrecht zum Ausdruck brachte, daß der Zwischenruf des Herrn Herzmann, „Warum sind denn unsere Fahnen verbrannt worden?“, den Schein erwecken müsse, als wenn die übrigen Mitglieder der bürgerlichen Fraktion das Verhalten billigten, gab das auch Herrn Herzmann Veranlassung, als Sprecher der übrigen Herren der bürgerlichen Gruppe sein tiefstes Bedauern über die Vorkommnisse zum Ausdruck zu bringen, dem sich der Stadtverordneten-Vorsteher anschloß.

Eine weitere Eingabe des Genossen Breuß und Genossen verlangt Aufschluß darüber, wie es kommt, daß zweimal Ein- quartierung angefragt ist, die Quartiere auch bestm. sind, aber dann die Einquartierung ausgeblieben ist. Der Stadtrat Schäti- zing erwiderte darauf, daß gegen den Willen des Magistrats und ohne daß dieser überhaupt in Kenntnis gesetzt war, die Ein- quartierung bei Privatpersonen erfolgt ist, und daß der Magistrat hiergegen Protest beim Pataillon eingelegt habe. Herr Dr. Horn erklärte, daß der Reichswehrminister Wert darauf lege, den Kontakt zwischen Militär und Bevölkerung herzustellen. Genosse Wieg- ner forderte dann die Herren vom Stahlhelm auf, die doch be- stimmte in der Lage sind, Aufklärung darüber zu geben, da es doch bereits Stadtsprach sei, daß der Stahlhelm die Einquar- tierung vorgenommen habe, und daß sich einher der Stahlhelm auch in Neuhaßleben drauf und dran ist, die Reichswehr für seine Zwecke dienstbar zu machen. Genosse Uffrecht teilt mit, in welcher Weise gegen ihn, weil er Sozialdemokrat ist, gerade in bezug auf die Einquartierung, gearbeitet worden ist, und daß ihm nun ein Licht aufgehe über die Zusammenhänge. Es wurde dann zum Ausdruck gebracht, daß in Zukunft der Magistrat und kein anderer die Verteilung der Einquartierung vorzunehmen hat, wobei Genosse Wiegner zum Ausdruck brachte, daß auch bei den Republikanern das Militär gute Aufnahme finden würde. Zum Schluß beantwortete der Bürgermeister eine Anfrage aus der letzten Sitzung und gibt an, daß die Zahl der Haushaltungen in der Stadt Neuhaßleben 1914 2875 und Ende 1924 3080 betrug, die Zahl der Einwohner war 1914 10 457 und Ende 1924 10 822. Seit dem 1. Januar 1921 seien 111 neue Wohnungen geschaffen. Die Zahl der gemeldeten Wohnungsuchenden betrage 304. Als dringlich vorgeschrieben sind 70 Wohnungsuchende. Hieraus zieht der Genosse Voigt die Schlussfolgerung, daß in der Stadt Neuhaßleben noch sehr viel Wohnungen zu bauen sind, um den Wohnungsuchenden eine Wohnung zu schaffen.

Neuhaßleben. Parteiversammlung heute (Freitag) abends 8 Uhr. Vorstandswahl und Vortrag des Bürger- meisters Genossen Müller über „Aberlei Interessantes und Wissenswertes aus der Kommunalverwaltung“. Ein guter Besuch dieser Versammlung ist sehr zu wünschen.

Kolbitz. Konsumvereinsmitglieder! Am Sonntag den 15. März, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftsbaus eine Generalversammlung des Konsumvereins statt. — Öffent- liche Versammlung. Sofort nach der Gemeindevorsteher-

und Schöffenswahl findet im Gewerkschaftsbaus eine öffentliche Ver- sammlung statt. Geschäftsführer Niemann wird das Referat halten. Die Wähler und Wählerinnen werden ersucht, recht zahl- reich zu erscheinen. —

Stadtkreis Burg.

Öffentliche Versammlung. In der öffentlichen Versamm- lung der Sozialdemokratischen Partei sprach der ehemalige Handelsminister Genosse Etering (Berlin) über die politische Lage und die Reichspräsidentenwahl. Die Reichsparteien führen ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie mit den gemeinsten Ver- leumdungen. Die Finanzskandale der letzten Zeit sind ihnen eine willkommenen Gelegenheit dazu, trotzdem die Sozial- demokratie an den Dingen überhaupt nicht beteiligt ist. Im alten Deutschland sind solche Skandale in weit größerem Maßstabe vor- gekommen. Man hat es aber verstanden, der Mehrheit des Volkes die Wahrheit vorzuenthalten. Die Deutschnationalen berufen sich mit allen Mitteln, Schuzhülle zu erzwingen. Sie werden damit nur eine Verteuerung der Lebensmittel erreichen. Bessere und gesunde Entwicklung der Wirtschaft ist nur möglich, wenn Deutsch- land sich auf dem internationalen Wirtschaftsmarkt stärker be- teiligt und dadurch zu einer aktiven Handelsbilanz kommt. Ge- nosse Etering geht dann auf die Regierungsbildung in Preußen ein. Es ist durch das Verhalten der Kommunisten im Landtag nicht möglich, eine linksgerichtete Regierung zur Arbeit kommen zu lassen. Das Verhalten der Kommunisten ist das Gegenteil von Interessenvertretung des Proletariats. Im Reich hat die Rechte den Einfluß in der Regierung erlangt, in Preußen er- strebt sie dasselbe Ziel. Den höchsten Posten des Reiches möchten die Deutschnationalen ebenfalls mit einem Mann aus ihren Reihen besetzen. Es ist notwendig, daß das deutsche Volk sich bei der Präsidentenwahl klar entscheidet. Wir haben alle unsere Kraft daher einzusetzen, daß sich die republikanischen Stimmen auf den Genossen Otto Braun vereinigen. Mit seiner Wahl ist die republikanische Verfassung gesichert. Dem Redner wurde großer Beifall gezollt. Genosse Diegelsthy schloß die Versammlung mit der Aufforderung, für Partei und Presse zu agitieren.

Der Frauenabend am Mittwoch im Gewerkschaftsbaus war nicht so besucht wie sonst. Herr Stadtrat Dr. Stauff sprach über „Frauenkrankheiten“. In leichtverständlicher Weise erläuterte er die verschiedensten Frauenleiden, ihre Entstehung und Wirkung. Die anwesenden Frauen haben durch den Vortrag viel Wissens- wertes zum Nutzen ihrer eignen Gesundheit erfahren.

Kreis Jerichow 1.

Handau. Gemeindevorsteher-Sitzung. Der Dis- vortsteher Beder gedachte des verstorbenen Reichspräsidenten, wobei sich die Anwesenden von den Plänen erhoben. Einem säumigen Bäcker wurde 1 Morgen Ader entzogen. Dieser und anderer frei- gewordener Acker soll in Salbe-Morgen-Ackeln verlost werden für Gemeindegeldbesitzer, die wenig oder gar keinen Acker haben. Eine durchgreifende Reparatur der Straßenbeleuchtung im Dorfe hat sich notwendig gemacht. Dem vorgelegten Kostenaufschlag wurde zugestimmt. Gemeindevorsteher war eine Erklärung und Belehrung, die der Ortsvorsteher über die Herkunft der Mittel zur Erwerbs- losensfürsorge gab. Sie wird durch eine staatliche Versicherung finanziert. Der letzten Anschauung, daß die in der Gemeinde ausgezahlten Unterhaltungen von dieser ganz oder teilweise auf- gebracht werden, wird dadurch wesentlich ein Ende bereitet. Zur Forderung kommender Gemeindegeldbesitzer wurde ein 150prozentiger Zuschlag zur Grundvermögenssteuer beschloffen.

Kreis Halle.

Abendzugverkehr Blumenberg—Stahfurt.

Von wiederholten Bemühungen der Verkehrsinteressen, insbesondere des Mitteldeutschen Verkehrsverbandes, war es ge- lungen, auf der Strecke Blumenberg—Stahfurt in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag eine Abendverbindung zu schaffen, indem abends 8.50 ein Triebwagen von Stahfurt nach Blumen- berg geschickt wurde, welcher ab Blumenberg 12.15 nachts in An- schluß an den von Magdeburg 11.30 nachts abfahrenden Personen- zug verkehrt.

Dieser Triebwagen ermöglichte es den Anliegern der Strecke, insbesondere den Einwohnern von Eigerleben, Westeregeln, Schneidlingen und Kreuzlich-Börncke, spät abends von Magde- burg wieder nach Hause zu gelangen. Die schwache Benutzung hat aber der Reichsbahn bereits Veranlassung gegeben, die dop- pelte Fahrpreisberechnung einzuführen. Es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn durch zu schwache Besetzung die Wiederein- zichtigung dieser Triebwagen erfolgen müßte. Es wäre darum nötig, daß bei dem Entgegenkommen der Reichsbahn in möglichst hohem Umfang Gebrauch gemacht wird.

Frohse. Die öffentliche Versammlung, die für heute (Freitag) abends einberufen war, muß ausfallen. — Die Parteiversammlung findet am Sonnabend den 14. März, abends 8 Uhr, in der „Grünen Tanne“ statt.

Schönebeck. Der Wohlfahrtsausschuß, in dem nunmehr die einzelnen Fürsorgezweige und Vertreter der wohl- tätigen privaten Organisationen mit aufgenommen sind, trat zu einer Sitzung zusammen. Zunächst wurde der neue Haushalts- plan der Wohlfahrtspflege durchberaten. Fast alle Positionen sind erhöht worden. Nach Erläuterungen des Stadtrats Obermann stimmte der Ausschuß dem Plane zu. Wie im Vorjahr wurde ein größerer Fonds für unvorhergesehene Notfälle im Etat mit auf- genommen. Brot- und Milchverteilung, Quaderpeisung, Volk- liche sind Angelegenheiten der Gemeinde und werden einheitlich bearbeitet. Die Anträge der letzten Stadtverordneten-Sitzung auf Gewährung von Beihilfen für Schulentlassene und Pen- sionsschulle wurden dem Untersuchungsausschuß überwiehen. Die bis- herige Speisung durch die Duder wird mit dem 1. April ein- gestellt. Die Vertreter der einzelnen Gemeinden empfehlen, das

so Woraus wohlthätige Beihilfen aus Gemeindegeldern weiterzu- führen. Der Wohlfahrtsausschuß stimmte dem zu, da ein ent- sprechender Zuschuß im Haushaltsplan des Wohlfahrtsamts bereits eingestellt worden ist. Das Bettlerwesen wurde eingehend be- sprochen. Nach den Erfahrungen anderer Städte sollen auch hier Bettler-Etats eingeführt werden. Die Etats sollen in 2- und 5-Pfg.-Betzen ausgegeben werden. Die Sammlung für die Volkstüche im Februar ergab bis jetzt die Summe von 1800 Mt. neben einer größeren Menge Naturalien. Weitere Spenden in Geld und Naturalien gehen noch täglich ein. Einige Anträge von Sozialcentnern wurden erledigt.

Stahfurt. Renovierung des Stadterord- neten-SitzungsSaals. Das ganze Rathaus leidet unter den Erdbeben. Am allermeisten hat der Sitzungssaal ge- litten; insbesondere an der Stelle, wo die Pressevertreter ihren Platz haben, sind die Schäden am deutlichsten sichtbar. Das machte sich bei der letzten Stadtverordneten-Sitzung, die bei heftigem Wind, Kälte und Niederschlägen stattfand, ganz außerordentlich bemerkbar. Es mehte eine unerträgliche kalte Zugluft und der Regen fand den Weg zu den Berichterstattern. Nur die ganze Eingabe an den Verus machte es ihnen möglich, auf diesem Plaze während der langen Sitzung auszuhalten. Früher sahen an dieser Stelle die Herren vom Magistrat. Sie haben es schon vor Jahren vorgezogen, ihr Heim an einer andern Stelle aufzu- schlagen und diesen unangenehmen Plaz großmütig den Presse- vertretern zu überlassen. Im Laufe dieses Sommers soll nun endlich Abhilfe geschafft werden. Die Verginsektion, die dazu verpflichtet ist, wird eine durchgreifende Reparatur vor- nehmen, die hoffentlich alle Schäden beseitigt, bis vielleicht neue Einbauten die Mauern von neuem halten. Dringend notwendig ist, daß bei dieser Gelegenheit auch eine neue schmuckvolle goldene Fahne im Saal aufgehängt wird. Die jetzige, die aller- dings an Flächeninhalt nichts zu wünschen übrig läßt, zeigt nur einen einformigen, schmutzigen Ton. Es wird Zeit, daß der Republik ihr Recht wird und ihre wirklichen Farben gezeigt werden. — Für ein Kriegeordenmal machen die sogenann- ten „vaterländischen Verbände“ Propaganda. Selbstverständlich. Es macht sich ja auch so wunderbar, wenn die Stahlhelmskapelle aus Halle, wie am Mittwoch abend, ihre Märsche am alten Kriegerdenkmal ertönen läßt. Der militärische Geist muß er- halten und gestärkt werden, das ist wichtiger als die Beschaffung von Woi. Der Verein ehemaliger Artilleristen hat sich mit der Denkmalfrage auch befaßt, will aber dem Denkmal eine ganz andre Form als die übliche geben. Er beabsichtigt, ein Gebäude als Alters- oder Jugendheim ober dergleichen zu errichten, mit einer entsprechenden Tafel. Zu diesem Zwecke will er Samm- lungen veranstalten und rechnet dabei auf die Mithilfe der vaterländischen Verbände. Wird sie ihm gewährt werden? Nebenbei sei bemerkt, daß der Magistrat längst ein Kriegerdenk- mal errichtet hat in der Form eines Geländebuchs, in dem sämt- liche Gefallenen aus Stahfurt eingetragen sind. Über das ist den vaterländischen Verbänden nicht dekorativ genug.

Altmarkt.

Bismarck. In öffentlicher Versammlung spricht am Sonntag nachmittags 3 Uhr unsere Reichstagsabgeordnete Genossin Arning (Magdeburg). Genossen, sorgt für guten Besuch, besonders durch die Frauen.

Stendal. Ein Verbrechen? Der Wächter Wilh. Frontm, Feldstraße 4 wohnhaft, wurde in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag gegen 1 Uhr in bewußtlosem Zustand von zwei un- bekannten Männern aufgefunden und in seine Wohnung gebracht. Während die Frau zum Arzt eilte, versah der Bedienungswert. Der eine Wunde am Kopfe hatte. Zur Klärung dieser Angelegen- heit werden die beiden unbekannteren Männer gebeten, sich bei der Kriminalpolizei zu melden. — Die freien Turner haben am Sonnabend dieser Woche, abends 8 Uhr, in Altkaufs Keinem Saal ihre Monatsversammlung. — Viehmarkt. Der Auftrieb betrug 472 Schweine und 225 Pferde. Es kosteten vier bis sechs Wochen alte Ferkel 20 bis 25 Mark, sechs bis acht Wochen alte 26 bis 30 Mark, acht bis zehn Wochen alte 30 bis 35 Mark. Pöffe 26 bis 40 Mark; beste Pferde 900 bis 1800 Mark, gute Pferde 500 bis 850 Mark, mittlere Pferde 800 bis 450 Mark, geringere Pferde 200 bis 300 Mark. Handel und Besuch waren mittel- mäßig.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Schnarleben. Die Mitgliederversammlung findet nicht wie üblich am Sonnabend, sondern heute (Freitag) den 13. März, abends 8 Uhr, bei Hillger statt. Gruppenführer, sorgt für guten Besuch, feiner darf fehlen.

Seehausen (Altmarkt). Am 16. März, abends 8 Uhr, im Kinosaal öffentlicher Lichtbildvortrag über das rheinisch-west- fälische Industriegebiet.

Briefkasten.

Sportartikel Burg. Mit der heutigen Notiz ist das Konto erschöpft. (Schluß des redaktionellen Teiles.)

Saatbeize, Dünger
Gartengeräte H. O. Lübeck
Fernspr. 3251. — Husselbachstr. 3.
Schlechte Gäfte im Bus, Unreinigkeiten werden ausgehoben durch die allseits gelobten Segrega-Pillen.
Hof-Apothek, Breiter Weg 158.

„Er“ im Urteil seiner Zeitgenossen

Die Bestätigung dieses Urteils durch unser Angebot:

Für Damen:	Für Herren:	Für Mädchen und Knaben:
Brauner Halbschuh, echt Chevreau, moderne Form und Farbe	Vornehmer Schnürstiefel, bewährt im Tragen, Original-Goodyear-Welt	Schulstiefel aus kräftigem Rindbox, strapazierste Ware, Gr. 34/35 6.90, Gr. 31/33 6.40, Gr. 29/30 5.90, Gr. 27/28
Lackhalbschuh in vornehm- nehmer Ausföhrung	la. Boxkalf-Schnürstiefel, beliebtester Strabenschuh, Ori- ginal-Goodyear-Welt	Brauner Mädchen-Spangen- schuh, gern gekaufter Artikel in Gr. 27/40, Gr. 31/33 7.90, Gr. 29/30 7.50, Gr. 27/28
Eleganter Halbschuh, echt Boxkalf, Origin-Goodyear- Welt	Brauner Schnürstiefel, echt Rindbox, Orig.-Goed.-Welt	
10 ⁵⁰	12 ⁵⁰	5 ⁴⁰
12 ⁵⁰	16 ⁵⁰	6 ⁹⁰
14 ⁵⁰	16 ⁵⁰	

Mensch, ickverhafte Ihnen,
wenn Sie mir noch mal auf meine Tack-Schuhe treten. Wissen Sie denn nicht: Conrad Tack-Schuhe sind deutsches National-Eigentum.

Tack & Cie. AG. Burg
b. Magdeburg

Verkaufsstelle
Conrad Tack & Cie., G. m. b. H.
Magdeburg
Alter Markt 11.

Ausschneiden! Aufbewahren!
Dies ist Inserat Nr. 1 von einer Serie von 6 Inseraten, die in dieser Zeitung etwa 4 Tage erscheinen werden. Jeder Einsender von mindestens 3 dieser Inserate ist berechtigt, an einem neuen Preisensenden teilzunehmen, das gleichzeitig mit Inserat Nr. 6 und in dem neuen Heft unserer Conrad Tack-Bilder, die in unseren Filialen schon jetzt gratis zu haben sind, bekannt gegeben wird.

Ballon-Zugabe

Ballon-Zugabe

8 BILLIGE TAGE

Handtücher Werkstoff mit roter Kante 45
Unterhosen in 11 Größen, Seidwolle und Baumwolle 75
Damen-Hemden mit 11 Größen, aus gutem Stoff 1.25
Damen-Beinkleider prima Qualität mit Kragen 1.75
Damen-Schulphosen in 11 Größen, in verschiedenen Farben 1.15
Einjak-Hemden mit prima Stoffen 2.65
Sportweiten in 11 Größen, in verschiedenen Farben 5.50
Kind-Sänger-schürzen von 95 an
Damen-Sommer-schürzen aus gutem gestreift. Stoffen 1.15
Damen-Wirtschafts-schürzen mit 11 Größen, prima Qualität 1.95

Brüfungs-Anzüge in verschiedenen Farben, neueste Formen, derbe Stoffe, gute Qualität 18.50
Konfirmanten-Anzüge blau, 1-2. Stoffqualität, tabellerer Stoff 19.50
Moderne Anzüge f. Jung u. ältere Herren, verschiedene Muster, gute Stoffe, 22.00
Ueberg.-Mäntel u. Covercoat-Paletots in verschiedenen Farben, in verschiedenen Größen 35.00
Boden-Mäntel aus dickerem Stoff, in verschiedenen Farben 18.50
Breeches-Hosen in verschiedenen Farben 7.50
Knaben-Anzüge alle modernen Formen und Muster, derbe Stoffe 5.90
Herren-Hüte moderne Form, in verschiedenen Farben 4.50
Sportmützen mit und ohne Feder, in verschiedenen Farben 85
Damen-Strümpfe Baumwolle, in verschiedenen Farben 38

Kleiderstoffe einfarbig, in verschiedenen Stoffarten, moderne Farben, 2.00 1.50 1.25
Streifen und Karos in verschiedenen Farben, 3.50 2.50 1.90
Blusenstoffe in gestreift und gemustert 2.25
Covertcoat für Jacken und Mäntel, 2.90 2.90
Besonders günstige Einkaufsgelegenheit für die Konfirmation
Boden und Homespun die praktischsten Stoffe für Mäntel und Kostüme 6.00
Gabardine grobe Breite, für Kostüme und Mäntel 6.50
Zuch in guter Qualität, in verschiedenen Farben 9.50
Seidengriffstrümpfe mit Kabi, in verschiedenen Farben 1.45

1 Posten Vollwolle-Blusen weiß und farbig, mit halben Ärmeln, nur 1.95
1 Posten Kostüm-Röcke farblos gestreift, nur dunkle Muster 2.95
Kind-Garnituren Jacke u. Hülse, Größe 1, 2 und 3, in verschiedenen Farben, reine Wolle 4.95
Reinwollene Cheviot-Röcke marine und farbig, mit Streifen und Kropfärmelung 5.95
Cheviot-Kleider schwarz und farbig für die Prüfung, verschiedene Muster 7.95
Donegal-Mäntel 120 cm lang, mit farbiger Pappe- und Knopfdarmierung 9.75
Reinwollene Cheviot-Kleider in verschiedenen Farben, mit farbiger Stickerei 14.75
Donegal-Mäntel weite Form mit Gürtel, verschiedene Muster 15.75
Samtkleider zur Konfirmation in verschiedenen Farben, von 25.50 an
Damen-Strümpfe in verschiedenen Farben, schwarz und alle Mod. farben 1.65

Kind-Strie el, in verschiedenen Größen, 1.95
Dam.-Goldfaser-Spangenschürzen in verschiedenen Größen, 4.90
Damen-Kindhose und **Chevreau-Schürzen** in verschiedenen Größen, 5.90
Herren-Kindhose-Schürzen in verschiedenen Größen, 6.95
M.-Chevr.-Burschenhosen in verschiedenen Größen, 8.95
M.-Kindhose-Schürzen in verschiedenen Größen, 9.75
Oberhemden in verschiedenen Größen, 5.90
Oberhemden weite Form, prima Qualität, 6.90
Oberhemden prima Qualität, gestreift, mit 2 Stragen, 7.90

KAUFHAUS MICHAELIS Ratswageplatz 1/2.

Konsumverein für Magdeburg und Umgegend

Zigarren-, Zigaretten- und Tabaklager

Zigarren
 La Estrella . . . Stück 6
 Heberice . . . Stück 6
 Univerium . . . Stück 8
 Wazena . . . Stück 15
 Kleiner Damana . . . Stück 8
 Angelpunkt . . . Stück 8
 Mittelnig . . . Stück 12
 Ganz besonders preiswert sind unsere Feinfarben:
 Nr. 40 . . . Stück 5
 Nr. 285 . . . Stück 5
 Nr. 310 . . . Stück 6
 Nr. 307 . . . Stück 7
 Nr. 90 . . . Stück 12
 Nr. 154 . . . Stück 8
 Nr. 27 . . . Stück 10
 Nr. 95 . . . Stück 10
 Nr. 351 . . . Stück 10
 Zigarillos . . . Karton 25 Stück 1.50
 Zigaretten . . . von 2 bis 6
 Produktion gute Qualität . . . Stück 10
 Nr. 10 gute Qualität . . . Stück 10

Rauchtabake
 Großschnitt Nr. 20 100 Stk. 40
 Krüllschnitt „ 50 100 Stk. 40
 Krüllschnitt „ 50 50 Stk. 20
 Krüllschnitt „ 110 100 Stk. 50
 Krüllschnitt „ 110 50 Stk. 25
 Schwarzer Kranz „ 30
 Krüllschnitt Nr. 120 100 Stk. 50
 Krüllschnitt „ 120 50 Stk. 20
 Feinschnitt „ 80 50 Stk. 30
 Feinschnitt „ 85 50 Stk. 70
 Feinschnitt „ 90 50 Stk. 80
 Virginia-Smog Nr. 310 (Karton 25 Stk. 10) 50 Stk. 40

Die kleine Dieb-Reihe
 1. Der große Diebstahl . . . 1.90
 2. Der Dieb im Versteck . . . 1.75
 3. Der Dieb im Versteck . . . 1.40
 4. Der Dieb im Versteck . . . 1.70
 5. Der Dieb im Versteck . . . 1.70
 6. Der Dieb im Versteck . . . 1.50
 7. Der Dieb im Versteck . . . 1.60
 8. Der Dieb im Versteck . . . 2.50
 9. Der Dieb im Versteck . . . 3.30
 10. Der Dieb im Versteck . . . 3.30
 In des Buchs in Ganzleinen gebunden.
Buchhandlung Volksstimme
 Große Straße 3 Magdeburg Große Straße 3

Willst du gut kaufen ohne Geld?
 Lauf schnell hin zum **Kredit-Bartfeld**
 Bei Kauf der An- und Abzahlung ganz nach Wunsch des Käufers zu außerst billigen Preisen
Anzüge für Herren, Fürsien u. Konfirmanten
Mäntel
Gummi-Mäntel
Windjacken
Damen-Mäntel
Kleider
Klubjacken
Prima Lindener Samt
Schuhe
Bett- und Leibwäsche
Kleiderstoffe usw.
 Rotekrebsstraße 29/30, I.
 - Kein Laden! -

Deutsche Feuerbestattungskasse „Flamme“

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit unter Reichsaufsicht.
 Infolge der Unstimmigkeiten zwischen der Deutschen Feuerbestattungskasse „Flamme“ und dem Verein für Feuerbestattung e. V. Magdeburg, Geschäftsführer Herr Bruno Weingärtner, sind von verschiedenen Personen ungünstige, der Wahrheit widersprechende Gerüchte in Umlauf gesetzt. Ich habe Auftrag, gegen die Urheber und Verbreiter unwahrer Tatsachen straf- und zivilrechtlich vorzugehen.
 Ausdrücklich wird bemerkt schon jetzt, daß die Deutsche Feuerbestattungskasse „Flamme“ unter Reichsaufsicht und ständiger Ueberwachung eines Versicherungsmathematikers des Reichsaufsichtsamtes steht, wodurch die Rechte der Mitgliedsmitglieder gesichert sind.
 Magdeburg, den 10. März 1925.
Justizrat Pistorius
 Rechtsanwalt und Notar.

An die Mitglieder der „Flamme“!
 Wir bitten diejenigen unserer Mitglieder, die bisher wegen ihrer Zugehörigkeit zu unserer Kasse noch nicht in der Magdeburger Geschäftsstelle: Fürstenwallstraße 17, 1 Tr., vorgeprochen haben, sich in ihrem eigenen Interesse mit allen Unterlagen dort einzufinden, damit Nachteile in der Mitgliedschaft vermieden werden.
Deutsche Feuerbestattungskasse „Flamme“, Sitz Berlin
 Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit unter Reichsaufsicht
 Geschäftsgebiet: Deutsches Reich, Memelgebiet und Danzig
 Ueber 200 Zahlstellen!